

4806

Termine:

~~4. 4. 94~~

~~24. 9. 11~~

27. 1. 56 - 11 15 - (43)

Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer

Rückerstattungssache

Bock, Georg

Berechtigte

Bevollmächtigte:

URO

Vollmacht Bl.

gegen

1. Deutsches Reich

2. Landstadt Hamburg

Rückerstattungs-
pflichtige

Bevollmächtigte:

Vollmacht Bl.

Betr. Rückerstattung:

Unzugrund u.
Speditionskosten

Wertfestsetzung Bl.

Weggelegt 1956

— Aufzubewahren: — bis 1982

— dauernd —

1 WiK 67/1952

5 WiS

273

/19

53

This Form should be completed in triplicate and forwarded to the Landrat of the Kreis or Oberbürgermeister of the Stadtkreis in which the Declarant resides.

Dieser Vordruck ist in dreifacher Ausfertigung bei dem Landrat des Kreises oder Oberbürgermeister des Stadtkreises, in dem der Erklärende wohnt, einzureichen.

Any person resident outside Germany wishing voluntarily to make a declaration should forward the Form to the Zentralamt für Vermögensverwaltung, (Britische Zone), Bad Nenndorf, Land Niedersachsen.

Wer im Ausland wohnt und freiwillig eine Erklärung abgeben will, übersendet den Vordruck an das Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone) Bad Nenndorf Land Niedersachsen

In cases where the space provided is insufficient a supplementary page, bearing the number of the paragraph and sub-paragraph, should be annexed.

Reicht der vorgesehene Raum nicht aus, so ist ein mit der Ziffer des betreffenden Absatzes und Unterabsatzes versehenes Ergänzungsblatt beizufügen.

DECLARATION BY PERSONS HAVING KNOWLEDGE OF PROPERTY WHICH HAS BEEN SUBJECT TO TRANSFER IN ACCORDANCE WITH PARAGRAPH 1 OF GENERAL ORDER No. 10

Erklärung von Personen, die von Vermögen Kenntnis haben, das unter Artikel I Absatz 1 der allgemeinen Verfügung Nr. 10 fällt

Location of Property. Örtliche Lage des Vermögens

(a) Land Hansestadt Hamburg (b) Kreis _____ (c) Gemeinde _____

Description of Person making Declaration. Personalien des Erklärenden

(a) Surname (in Block Capitals) _____ (b) Christian Name (s) _____
 Familienname (in großen Blockbuchstaben) Der Oberfinanzpräsident Vorname(n) _____
 (c) Address _____
 Anschrift Hamburg
 (d) Employment _____ (e) Identity Card No. _____
 Beruf Ausweis-Nummer _____

I. IMMOVABLE PROPERTY

I. UNBEWEGLICHES VERMÖGEN

- (a) Description of Property _____
 Nähere Bezeichnung des Vermögens
- (b) Location of Property _____
 Örtliche Lage des Vermögens
- (c) Brief description of circumstances in which transfer was made (if known)
 Kurze Angabe der Umstände, unter denen das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)
- (d) Name and present address of person dispossessed (if known)
 Name und jetzige Anschrift des Geschädigten (soweit bekannt)
- (e) Name and present address of person or persons to whom transfer was made (if known)
 Name und jetzige Anschrift der Person(en), auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)
- (f) Name and address of present owner (if known and different from (e))
 Name und Anschrift des jetzigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))

II. MOVABLE PROPERTY

2. BEWEGLICHES VERMÖGEN

- (a) Description of Property _____
 Nähere Bezeichnung des Vermögens Hausstandserlös (Carl F. Schlüter)
RM 2970,60 Juli/Okt. 1941
- (b) Location of Property _____
 Örtliche Lage des Vermögens an Kasse "Polizeidienstleitstelle, " Hamburg
- (c) Brief description of circumstances in which transfer was made (if known)
 Kurze Angabe der Umstände, unter denen das Vermögen übergegangen ist. Vermögensverfall
- (d) Name and present address of person or persons who may have knowledge of present whereabouts of property (if known)
 Name und jetzige Anschrift von Personen, die von dem Verbleib des Vermögens Kenntnis haben können (soweit bekannt)
Firma Carl F. Schlüter, Hamburg 36, Valentinskamp 74.
- (e) Name and present address of person dispossessed (if known)
 Name und jetzige Anschrift des Geschädigten (soweit bekannt)
Bock, Georg, früher Berlin.
- (f) Name and present address of person or persons to whom the original transfer was made (if known)
 Name und jetzige Anschrift der Person(en), auf die das Vermögen zuerst übergegangen war (soweit bekannt)
ausgewandert nach
Sheffield 6/England, 172 Regent Court Flats, Bradfield Road.
Deutsches Reich
- (g) Name and present address of present owner (if known and different from (f))
 Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (f)).
Im Auftrag

Date 5. April 48
 Datum 0 5210 B(29n) V13h

(Wibbelmann)

Signed
 Unterschrift

Der Oberfinanzpräsident

Aufstellung

RM	2 487,45	10/7. 41
RM	57,--	31/10. 41
RM	423,30	30/9. 41
RM	2,85	31/10. 41
RM	<u>2 970,60</u>	
=====		

Z 1427-1-

Finnmark

2

In der Liste K 2145 (Polizei mitteilen)

ist gebracht: Glatt 10

Leinzellen

Wagen

Bohag Bau

12.4.45 Carl F. Schütz

Jung Bock, Berlin

2.14.7.45

lt. Meldung des OFP (Blatt 2) schreibt sich
der Antragsteller Bock.

1/5. für Identisch?

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: Z 7427-1-

Hamburg 36, den 19. Mai 1950
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude
(Anbau) II. Stock Zimmer 740
Telefon: 35 17 31 Ja./Lu.

Hannstadt Hamburg, Finanzbehörde

Nachfolgendes Schreiben wird Ihnen als ~~des-der~~ zugestellt, Ihre Vertretungsbefugnis ist bereits nachgewiesen - muss noch nachgewiesen werden.

1. Wegen des angeblich dem/der *Gross Zirk, geb. 17.10.1900, Frankfurt/o.*
Sheffield, b. England
als Rechtsnachfolger des/der

vertreten durch *Herrn Max Schindler, Hannover, Kneibschstr. 23*

zustehenden Anspruchs wegen Entziehung des - der folgenden Vermögenswerte wird das förmliche Rückerstattungsverfahren eröffnet.

- 1/ Kleiner - Vermögensgut 1.1.1945 RM. 15.000.-*
2/ Frankfurt Lagergeld, Gegenstände, Möbel etc. angekauft dek. d. Sozialverwaltung, siehe beigef. Anmelde...
2. Der Anspruch wird Ihnen bekanntgegeben,
- a) weil Sie den - die beanspruchten Vermögenswert besitzen und darüber verfügen können, so dass Sie als Rückerstattungspflichtiger im Sinne des Art. 11 REG in Frage kommen,
 - b) weil Sie den - die beanspruchten Vermögenswert früher inne gehabt haben und deshalb gemäss Art. 25 REG möglicherweise verpflichtet sind, eine als Ersatz für den - die Vermögenswert erlangte Entschädigung herauszugeben oder eine Forderung darauf abzutreten,
 - c) weil Sie als

durch eine Rückerstattungsanordnung der beantragten Art in Ihren Rechten betroffen werden könnten,

d) gemäss Art. 53 Abs. 1 Satz 3 REG.

3. Falls Sie der Rückerstattung widersprechen oder ihr nur unter bestimmten Voraussetzungen zustimmen wollen, müssen Sie das binnen 2 Monaten nach Zustellung dieses Schreibens erklären. Eine solche Erklärung wäre in 3 facher Ausfertigung einzureichen. Auch wenn Sie sich schon früher geäussert haben, so ist die neuerliche Abgabe einer Erklärung nicht entbehrlich.

Falls innerhalb der vorbezeichneten 2-Monatsfrist keine solche Erklärung von Ihnen eingeht, kann das Wiedergutmachungsamt die tatsächlichen Behauptungen des Antragstellers als richtig ansehen und wird dementsprechend möglicherweise die beantragte Rückerstattung - Herausgabe des Ersatzes - anordnen.

gez.

Schweini

Beglaubigt:

1/ Mitteilung des Herrn Oberfinanzpräsidenten v. 5.4.48 05210 - B(29m) 123 L.
Formular II B *bek. Zust. d. Finanzamt.*

Justizangestellter.

19.5.50
22. Mai 1950

Zust.

im Auftr. d. Behörde

9.5.50

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: Z 1427-1-

Hamburg 36, den 19. Mai 1950
Sievekingplatz
Ziviljustizgebäude Anbau Zi. 740
Fernsprecher: 35 17 31
Ja./Lu.

Herrn Max Schindler, Hannover, Hülshorststr. 23
Gemein, des
Herrn Jung Zerk, Sheffield W/England, 132 Regent Court
Flats, Bradford Road

Betr.: Rückerstattungsverfahren bezüglich

Wohnung - Miteigentum, Frankfurt a. M., Langgasse,
Rm. 15.000,- 1. Etage Rm. 3 196.85

gegenstände, Möbel etc. angekauft durch die Sozialverwaltung in Hamburg

Die Unterlagen über Ihren Rückerstattungsanspruch sind diesem Amt durch
das Zentralamt für Vermögensverwaltung in Bad Nenndorf zugeleitet worden.

Ihr Anspruch ist in der Kammerstadt Hamburg
Eintragshaus

als Rückerstattungspflichtigem sowie den bisher bekannten Beteiligten
(Art. 53 Abs. 1 des Gesetzes Nr. 59) heute zur Erklärung binnen 2 Mona-
ten zugestellt worden.

Das Grundbuchamt ist um Eintragung eines Rückerstat-
tungsvermerks im Grundbuch (Art. 53 Abs. 4 REG) ersucht worden.

Es wird Ihnen anheimgestellt, die Einbeziehung weiterer Personen in
das Verfahren zu beantragen.

Zugleich werden Sie gebeten, gemäss Art. 50 Abs. 3 REG einen zum Empfang
von Zustellungen bevollmächtigten Vertreter in Hamburg binnen 2 Monaten
zu bestellen. Benennen Sie innerhalb dieser Frist keinen Bevollmächtigten,
so hat das Wiedergutmachungsamt ihn von sich aus zu bestellen.

Zur Beschleunigung des Verfahrens empfiehlt es sich, dass Sie selbst
oder Ihr Bevollmächtigter den Grund Ihres Anspruchs näher erläutern
und die beabsichtigten Anträge mitteilen.

Zugleich wird gebeten, zu den umseitig angegebenen Fragen Stellung zu
nehmen.

Derartige Schreiben sind in dreifacher Ausfertigung einzureichen.

Nach Eingang der Erklärung des Rückerstattungspflichtigen bzw.
nach Ablauf der 2 Monats-Frist erhalten Sie weiteren Bescheid.

Im Entwurf gezeichnet:

Schindler

Beglaubigt:

Justizangestellter.

19. Mai 1950 Lu.

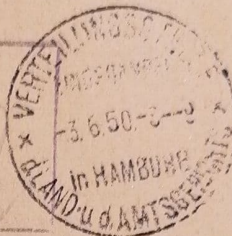
22. Mai 1950
Zust.

Formular VI

Hansestadt Hamburg
-Finanzbehörde-
- 305/20 -

8
Hamburg 36, den 30. 5. 1950
Gänsemarkt 36
Fernspr.: 34 1016, App.

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg - 5. JUN 1950
(24a) H a m b u r g 36
Sievekingplatz
Ziviljustizgebäude



Betr.: Rückerstattungssache Georg B o c k, Sheffield

Az.: Z 1427 -1 -

In der o.a. Rückerstattungssache wird geltend gemacht, daß in diesem Falle das Reichsvermögen als rückerstattungspflichtig anzusehen ist, da die zurückverlangten Vermögenswerte s. Zt. dem Reich verfallen bzw. zu Gunsten des Reichs eingezogen worden sind.

Das Reichsvermögen wird vom Oberfinanzpräsidenten Hamburg verwaltet. Er ist daher auch als derzeitiger Vertreter dieses Vermögens zu betrachten. Infolgedessen wird anheimgestellt, den Rückerstattungsanspruch dem Oberfinanzpräsidenten Hamburg als dem Vertreter des rückerstattungspflichtigen Reichsvermögens zuzustellen.

Die Hansestadt Hamburg behält sich lediglich vor, gem. Art. 53 Ges. Nr.59 in dem Verfahren als Partei aufzutreten. Solange sie jedoch von diesem Recht keinen Gebrauch macht, kann sie nicht als Partei angesehen werden.

Abschrift dieses Schreibens hat der Oberfinanzpräsident Hamburg erhalten.

Im Auftrage

Im lfd Firt
30.6.50 Sch

(Weller)

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg
O 5210-B 29-P 55 d

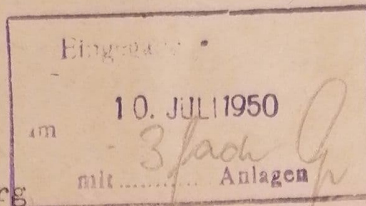
Hamburg 11, 3. Juli 1950
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

9

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und
Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben

An das

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg



H a m b u r g

Betr.: Rückerstattungssache Georg Bock, Sheffield

Bezug: dort. Schrb. v. 19. Mai 1950 Akt.-Zeich. 1427-1-

Zu der von dem Antragsteller beanspruchten Rückerstattung der
von ihm entrichteten Vermögenswerte nehme ich wie folgt Stellung:

Liftvans

Das im Freihafen lagernde Umzugsgut wurde auf Veranlassung
der Gestapo durch die Firma Carl F. Schlüter versteigert, der Netto-
erlös in Höhe von 2 970,60 RM an die Kasse der Polizeileitstelle
überwiesen. Über den weiteren Verbleib des Erlöses ist mir nichts
bekannt.

Ich bin mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen.

Aus den vorliegenden Gründen bitte ich den Rückerstattungs-
antrag zurückzuweisen.

Im Auftrag

gez. Dr. Holdeigel



Beglaubigt

Zollinspektor

zu - für 2

I. Namens der Antragstellerin ueberreichen wir

25. Juli 1950

Z 1427 -1-

Herrn
Max Schindler,

H a n n o v e r, so erhielt:
Kaulbachstr. 23.

Betr. Rückerstattungssache Georg Bock, Sheffield.

In der Anlage erhalten Sie 2 Abschriften eines Schriftsatzes des Oberfinanzpräsidenten vom 3.7.50. Ich beabsichtige, die Sache hier ruhen zu lassen bis einschlägige Entscheidungen des hiesigen Oberlandesgerichts darüber vorliegen ob und gegen wen wegen des im Auftrage der Gestapo versteigerten Umzugsgutes nach dem Gesetz Nr. 59 Ansprüche geltend gemacht werden können. Falls der Antragsteller mit dem Ruhen des Verfahrens nicht einverstanden ist, bitte ich um entsprechende Mitteilung.

2 Anlagen.

Liste

(Schwenn)
Assessorin.

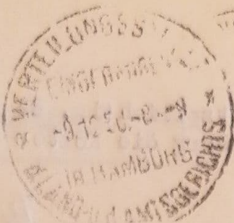
Versteigerungsliste.

UNITED RESTITUTION OFFICE

UK/B/12

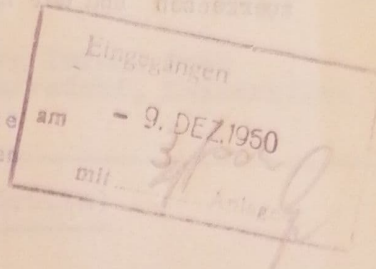
An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht,

H a m b u r g



HANNOVER,
KAULBACHSTRASSE 23
TEL. 2222
, den 7.12.1950.
/6

Please quote our reference
Bitte unser Aktenzeichen angeben



Betr. Az. Z. 1427 - 1 - .

I. Namens der Antragstellerin ueberreichen wir

- 1) Liste des Umzugsgutes (4 Blaetter) Nr. 1-221
(Die Originalliste beglaubigt vom Polizei-amt Berlin am 11.4.39 steht zur Verfuegung.)
- 2) Versteigerungsprotokoll - Erloess RM 2657.--- ,
- 3) Erlaeuterungen des Antragstellers zur Liste des Umzugsgutes und zum Versteigerungsprotokoll.

II. Der Antragsteller bewertet das Umzugsgut mit RM 15.000.---.
Der Versteigerungserloes hat demgegenueber nur RM 2657.--- lt. Versteigerungsprotokoll betragen.

Ausserdem wurden brutto erzielt :

fuer einen Druck	3.---
fuer 5 Bilder u.	
3 Buntstiche	449.---
1 Iift	60.---

2 Abrechn. an OFD
12.12.50
15. Dez. 1950

Dies hat der Oberfinanzpraesident Hamburg dem Antragsteller am 13.3.48 mitgeteilt.

III. Es ist klar ersichtlich, dass die Gegenstaende verschleudert worden sind.

Ausserdem ergibt das Versteigerungsprotokoll, dass die Gegenstaende zum grossen Teil nicht einzeln sondern in Losen verkauft wurden.

Vor allem aber kam ueberhaupt nur ein Teil der Sachen zur Versteigerung, da vorher von den Hamburger Behoerden Kunstgegenstaende, Gebrauchsmoebel, Waesche und Wertgegenstaende ausgesucht und herausgenommen worden sind. Eine Abrechnung hierueber ist nicht erfolgt.

Dies hat der Spediteur dem Antragsteller mitgeteilt.

Es scheint, dass kaum ein Drittel des Umzugsguts des Antragstellers zur Versteigerung gekommen ist. Die zahlreiche kostbare Waesche, das wertvolle Rosenthal Service, die Silbergegenstaende mit Ausnahme von 2 Leuchtern, erscheinen nicht in der Versteigerungsliste.

Haelt man sich obige Tatsachen vor Augen, naemlich, dass die Gegenstaende^{a)} zu Schleuderpreisen verkauft wurden (vgl. die Versteigerungsliste mit den Erlaeuterungen des Antragstellers dazu)

b) dass ueberhaupt nur ein Drittel zum Verkauf gelangt ist, waehrend fuer ueber 2/3 keine Abrechnung erfolgte ,

so muss man als glaubhaft ansehen, dass das Umzugsgut z.Zt. der Entziehung den von dem Antragsteller angegebenen Wert von RM 15.000 hatte .

b.w.

Dr W. Blum

Herrn Georg Israel Bock
Berl.-Wilmsdorf, Kaiserplatz 18

(Alles vor 1933 im Besitz)

Schlafzimmer:

- I) 2 Messingbetten
mit Matratzen
- 2) 1 weisse-s Metallbetten^x
mit Matratze
- 3) 3 Daunendecken
- 4) 1 Plumeaux
- 5) 6 Kopfkissen
- 6) 1 Federbett
- 7) 2 Steppdecken
- 8) 1 gehäkelte Decke
- 9) 1 Schlafdecke
- 10) 1 Kleiderschrank
- II) 1 Waschtoulette
mit Spiegel
- I2) 2 Nachttische
- I3) 2 Stühle
- I4) 2 Hocker
- I5) 1 Klavier mit Sessel 1926
& Lampe
- I6) 1 kl. Rollschrank mit
div. Noten
- I7) 1 kl. Sofa
- I8) 2 Sessel
- I9) 1 kl. Tisch
- 20) 1 Bettumrandung (Läufer)
- 21) 1 Krone
- 22) 3 Nachtschlampen

- 36) 1 Schreibmappe
- 37) 1 Marmorschreibzeug (5 Teile)
- 38) 1 Briefbeschwerer
- 39) 1 Kasette mit Briefbogen & Kuverts
- 40) 1 kl. Holzschränkchen
- 41) div. Photoalben & Familienbilder
- 42) 3 Aktentaschen
- 43) 6 Aschenbecher
- 44) 1 Singernähmaschine (1928)
- 45) Nr. 750882
- 45) 1 Spiegel mit Console
- 46) 1 Wandlampe
- 47) 1 Korridorlampe
- 48) 10 Sofakissen

Bilder:

- 49) div. kl. Familienbilder (gerahmt)
- 50) 2 grössere " " " "
- 51) 1 Druckbild (Lautenschläger)
- 52) 1 Stillleben
- 53) 1 Ölbild (Landschaft)
- 54) 2 kl. Ölbilder "
- 55) 3 Stiche
- 56) 1 Bild (Blumenstück)

Herrenzimmer:

Teppiche:

- 23) 1 Bücherschrank
- 24) cr. 300 Bücher
- 25) 1 Schreibtisch mit Sessel
- 26) 1 Tisch
- 27) 4 Stühle
- 28) 1 Couch mit Decke
- 29) 1 Wandbehang
- 30) 2 Ledersessel
- 31) 1 kl. Tischchen
- 32) 1 Stehlampe
- 33) 1 Schreibtischlampe
- 34) 1 Deckenlampe
- 35) 1 Schreibmaschinentisch
- 35a) 2 Plaketten

- 57) 1 Teppich (2,90 X 4,00)
- 58) 1 " (2,00 " 3,00)
- 59) 1 Brücke (1,40 " 0,75)
- 60) 1 Tischdecke

Diverses:

- 61) 1 Angelrute
- 62) 1 kl. Motorbootspielzeug
- 63) 1 Fussball mit Pumpe
- 64) 1 Paar Schlittschuhe
- 65) 1 Fahrrad
- 66) 1 Briefmarkenalbum
- 67) 1 Münz- und Steinsammlung

Küchengeräte:

- | | | | |
|------|--|------|---|
| 68) | 1 Schrank | 112) | 1 kl. Tischchen mit Glasplatte |
| 69) | 1 Stuhl | 113) | 1 kl. Spiegel |
| 70) | 1 Tisch | 114) | 1 Glasplatte mit Halter |
| 71) | 1 Leiter | 115) | 3 Wandhalter "4 Gläsern |
| 72) | 1 Tritt | 116) | 1 Waschständer mit Schüssel |
| 73) | 1 Schuhschrank | 117) | 1 Handtuchhalter |
| 74) | 1 Staubsauger (Nr. 1928)
505414 mit Zubehör | 118) | div. Kleiderhaken |
| 75) | 1 Glastablett mit 17 Wasser-
gläsern | 119) | " Kleiderbügel |
| 76) | 1 Senfbehälter | 120) | 1 Toiletteimer |
| 77) | 7 Weingläser | 121) | 1 Mülleimer |
| 78) | 12 Teegläser mit Einsatz | 122) | 2 Eimer |
| 79) | 6 Likörgläser | 123) | 1 Waschservice u. 1 Nachtgeschirr |
| 80) | 6 Glasschälchen | 124) | 1 Plättbrett |
| 81) | 5 Glasteller | 125) | 1 Ärmelbrett |
| 82) | 6 Glasbüchsen | 126) | 2 Plätteisen |
| 83) | 2 Butterbüchsen | 127) | 5 Emailabwaschschüsseln |
| 84) | 2 Bratenteller | 128) | 1 Waschbrett |
| 85) | 2 Milchgießer | 129) | 1 Wäscheleine mit Klammern |
| 86) | 2 kl. Kaffee Kannen | 130) | 1 Seifenbehälter |
| 87) | 2 Zuckerdosen | 131) | 1 Besen, Schrubber, Handfeger
& Schaufel |
| 88) | 2 Teekännchen | 132) | div. Kleider- u. Teppichbürsten |
| 89) | 8 kl. Tellerchen | 133) | 1 Schüsselbrett |
| 90) | 1 Kuchenteller | 134) | 1 Küchenbrett |
| 91) | 1 Service (74 Teile) | 135) | 3 Einkaufsnetze |
| 92) | 12 div. Schüsseln | 136) | 5 Kristallvasen |
| 93) | 12 " Teller | 137) | 3 gr. Kristallschüsseln |
| 94) | 1 eiserne Bratpfanne | 138) | 1 Toilettengarnitur (5Teile) |
| 95) | 3 feuerfeste Formen | 139) | 1 kl. Porzellandose |
| 96) | 2 " Pfannen | 140) | 1 kl. " vogel |
| 97) | 2 Emailtöpfe mit Deckel | 141) | 1 Keramikvase |
| 98) | 4 div. Aluminiumtöpfe | 142) | 1 kl. Wandkeramik |
| 99) | 3 eiserne Töpfe mit Deckel | 143) | 1 Nähkästchen mit Inhalt |
| 100) | 1 Blechform | 144) | 3 Leuchter |
| 101) | 4 Siebe | 145) | 1 kl. Kerzenleuchter |
| 102) | 5 Untersätze | 146) | 1 " Holzkästchen |
| 103) | 2 Aluminiumkasserollen | 147) | 1 Zigarettendose (Metall) |
| 104) | 3 Emailkellen | 148) | 1 Radio (ganz alt) Nora 337234 |
| 105) | 1 Fleischmaschine | 149) | 1 Karton mit Flickern u. Stoff-
resten |
| 106) | 1 Schaumschläger | | |
| 107) | 1 Messglas | | |
| 108) | 1 Springform | | |
| 109) | div. Holzbretter | | |
| 110) | 1 Holztablett | | |
| 111) | 1 Behälter (Sand, Seife, Soda) | | |

14

Herrn Georg Israel Bock
Berl.-Wilmerdorf, Kaiserplatz 18

----- Wäsche : -----		(Normal ergänzt)	----- Plaetted: -----	
150)	18 Laken	176)	12 Fischmesser	
151)	11 Überschlaglaken	177)	1 Geflügelschere	
152)	10 große Bezüge	178)	2 Tortenheber	
153)	22 Kopfkissenbezüge	179)	1 Fleischgabel	
154)	2 kl. Kinderkopfkissen	180)	1 Fischheber	
155)	3 Plumeauxbezüge	181)	2 Zuckerzangen	
156)	5 Badetücher	182)	1 Kuchengabel	
157)	1 Kinderbademantel	183)	1 Metallteller	
158)	2 Bademäntel	184)	12 Messer	
159)	8 Frottiertücher	185)	12 Gabeln mit Holzgriff	
160)	17 Stubenhandtücher	186)	1 Löffel	
161)	24 Küchenhandtücher	187)	1 Reibeisen	
162)	1 Kaffeedecke m. 6 Servietten	188)	1 Serviettenhalter	
163)	1 " " " 3 "	189)	1 Hackmesser	
164)	5 versch. Kaffeedecken	190)	1 Brotmesser	
165)	12 Tischtücher	191)	1 Salatbesteck	
166)	19 Servietten	192)	2 Nußknacker	
167)	div. Tablettdeckchen	193)	1 Korkenzieher	
168)	versch. Handarbeitsdeckchen	194)	1 Flaschenöffner	
169)	3 Flanellunterlagen	195)	1 Büchsenöffner	
170)	3 Rolltücher	196)	3 Küchenmesser	
171)	div. Wischtücher	197)	6 Gebrauchsbestecke	
172)	" Bettsäcke	198)	9 Messer	
173)	1 Fenster alte Gardinen	199)	7 Gabeln	
174)	2 Stores u. 1 Übergardine	200)	5 Messerbänkchen	
175)	1 breiter Store u. 1 Über- gardine	201)	1 Krümelschaufel	
		202	div. Holzlöffel u. Quirle	

Blatt 4)

Umzugsgut für:

15
Herrn Georg Israel Bock
Berl.-Wilmersdorf, Kaiserpl. 18

Silber:

- 203) 1 Salatbesteck mit Horn
- 204) 1 "
- 205) 1 Saucenlöffel
- 206) 1 Fischbesteck
- 207) 3 Vorlegegabeln
- 208) 10 Obstmesser
- 209) 1 Suppenkelle
- 210) 1 Gemüselöffel
- 211) 6 gr. Löffel
- 212) 6 Kaffeelöffel
- 213) 8 Teelöffel
- 214) 3 Eßlöffel
- 215) 1 kl. Kelch
- 216) 1 Zierstück
- 217) 2 Leuchter
- 218) 1 Lichtschere mit Untersatz
- 219) 1 Schälchen

(Nach 1933 angeschafft)

- | | | | | |
|------|----------------------------|------|-------|--------|
| 220) | 2 Kl. Petroleum-Öfen | à RM | 23,50 | (1939) |
| 221) | 1 elektr. 2 Flammen-Kocher | " | 38,-- | " |

Beglaubigte Abschrift.

Aufstellung zur Abrechnung 1643 in Sachen Georg Bock, früher Berlin
Aktenzeichen 1996/41

2736	1 Lift, leer zurück	
37	Privatsachen, Photos und Schrifts. an Jüd. Religions Verband.	
45	div. Bücher	10.---
46	1 Teppich 200/290	30.---
47	1 dto. 400/290	200.---
48/90	1 Vorlage, 1 Bettumrandung	66.---
50	1 Wandbehang	10.---
51/52	2 Divandecken	70.---
53	1 Klavier v/Steinmeyer	150.---
54	1 Schreibtisch (etwas defekt)	mit 2783
55/56	1 Petroleumofen, 1 Staubsauger	93.---
58	div. Schreibzeug	13.---
59	1 Radio	10.50
60	div. Jenaglas	4.50
62	div. Teller	11.---
63	1 Motorboot	8.---
64	1 Tischlampe	6.---
65	div. Kristall	24.---
66	1 Nachtlischlampe, 1 Klavierlampe	4.---
67/68	6 Messingleuchter, 2 Silberne Leuchter	54.---
69/70	1 Vase, 12 Teegläser	13.---
71	1 Aktentasche	6.---
72	div. Spiele und 1 Handball	10.---
73	1 Fussack	6.---
74	1 U.Lage, 4 Schals, 1 Badevorlage	12.---
75/76	6 Kissen, 1 Hutschachtel m/Zylinder	22.50
77/78	1 Eisschrank, 1 Krone	15.---
79	1 Spieltisch	5.---
80	1 Nähmaschine	100.---
81	1 Notenschrank m.div. Noten	30.---
82	1 Ständerlampe	5.---
83/84	1 Bücherschrank (& Schreibtisch) runder Tisch, 2 Stühle, 1 Sessel	560.--- mit 2754
85	2 Ledersessel	200.---
86	1 Sofa, 2 Sessel	100.---
87/88	1 Spiegel, 1 Rauchtisch	8.---
89	Schlafzimmer: bestehend aus Schrank, Waschkommode, 2 Stühle, 2 Nachtschränke, 2 Metallbetten m/Auflagen	290.---
91	2 Steppdecken	20.---
93	1 kl. Steppdecke, 2 Kissen f. Liegestuhl	8.---
94	1 Bettdecke	10.---
99	1 Kiste mit Küchengeschirr	27.---
2800	1 Herrenfahrrad	75.---
2801	6 Stühle, 2 Hocker, 1 Wanduhr, 1 Nachtschrank, 1 kl. Metalltisch, 2 Wandborte, Schülerbank, 1 kl. Tisch	16.---
2802	div. Emaillegeschirr, Wäscheleine, Klammer, Ärmelbrett, Plättbrett, Ruffel, Balkonschirm	11.---
2804	1 weisser Spiegel	4.---
	div. verschiedene Haushaltsgegenstände, Wäsche usw. gekauft von der Sozialverwaltung	340.---

Erlös: RM. 2.657.00
=====

Die Übereinstimmung der Abschrift mit der Niederschrift wird hiermit
bestätigt.

Der vereidigte und öffentlich bestellte Versteigerer.

Beglaubigt: Unterschrift
und Stempel.

Erläuterungen zur Umzugsgutliste (beiliegend)

§ Artikel nicht
erwähnt in Auktions-
liste.

Blatt 1)

Schlafzimmer:

- zu 1) 2 Messingbetten m/ Matratzen. (Rosshaarmatratzen, dreiteilig, frisch aufgearbeitet und neu-bezogen vor Auswanderung 1939.)
- § 2) 1 weisses Metallbett. (Aufgearbeitet und neu bezogen wie zu 1)
- § 3) 3 Daunendecken. (Vollkommen neu aufgearbeitet und mit Seidendamast bezogen.)
- § 4) 1 Plumeaux.
- § 5) 6 Kopfkissen. (Daunen)
- § 6) 1 Federbett. (Daunen)
- § 7) 2 Steppdecken. (Auktionsliste No. 2791. Erlös RM.20.--)
- § 8) 1 Gehäkelte Decke. (Handarbeit)
- § 9) 1 Schlafdecke. (Rein Kamelhaar)
- 10) 1 Kleiderschrank. (Dreitürig, Kristallglasspiegel in der Mitte, massiv Eiche.)
- 11) 1 Waschtoilette. (Mit Spiegel, Marmorplatte,)
- 12) 2 Nachttische. (mit Marmorplatten)
- 13) 2 Stühle.
- 14) 2 Hocker. (Von 10-14 alles passend in Eiche. Auktionsliste No.2789 Erlös RM. 290.--)
- 15) Klavier mit Sessel 1926. und Lampe. (Rechnung beiliegend. Anschaffungs- wert RM.825.-- Auktionsliste No.2753, Erlös RM. 150.--)
- 16) Kleiner Rollschrank mit Noten. (Eiche. Notenwert ca. 150.--RM. Auktionsliste No.2781, Erlös RM.30.--)
- 17) 1 Kleines Sofa.
- 18) 2 Sessel. (17-18 Klubsesselgarnitur frisch aufgearbeitet, neu Gobelin- bezug. Auktionsliste No.2786, Erlös RM.100.--)
- 19) 1 kleiner Tisch. (Handgehämmerte Messingplatte. Auktionsliste wahrschein- lich No. 78/88 Erlös RM.8.--)
- 20) Bettumrandung (Läufer) (ca. 9 Meter mal 1 Meter, Auktionsliste No. 48/90, Erlös RM. 66.--)
- § 21) 1 Krone (5armig, Messing)
- § 22) 3 Nachttischlampen. (Messing)

Herrenzimmer:

- 23) 1 Bücherschrank (Massiv Eiche, 3 teilig, Mitteltür handgeschnitzte Eichenfiguren, Seitentüren mit geschliffenem Kristall- glas, ca. 2 1/2 Meter breit.)
- 24) Ca. 300 Bücher. (Einschliesslich 100 in Leder gebundene Werke, Auktionsliste No. 45, "div.Bücher", Erlös RM.10.--)
- 25) 1 Schreibtisch mit Sessel.
- 26) 1 Tisch.
- 27) 4 Stühle (No. 23, 25,26,27, alles geschnitzte Eiche, Stühle und Rück- lehnen Rindsleder bezogen, Auktionsliste 83/84, Erlös RM.560.--)
- § 28) 1 Couch mit Decke. (Plüschdecke)
- 29) 1 Wandbehang (In Plüsch passend zur Couchdecke, Auktionsliste No.50 Erlös RM. 10.--)
- 30) 2 Ledersessel (Schwere Rindsledersessel, neu bezogen und aufgearbeitet. Auktionsliste No. 85, Erlös RM. 200.--)
- § 31) 1 kleines Tischchen (
- 32) 1 Stehlampe (Auktionsliste No. 82, Erlös RM.5.--)
- § 33) 1 Schreibtischlampe (Auktionsliste No.64, Erlös RM.6.--)
- § 34) 1 Deckenlampe (5armig) Von 31-34 geschnitzte Eiche, passend zu 23 etc.
- 35) 1 Schreibmaschinetisch (Eiche) Auktionsliste No.79, Erlös RM.5.--)
- § 35a) 2 Plaketten (Bronze)
- § 36) 1 Schreibmappe (Rindsleder)
- 37) 1 Marmorschreibzeug (5 Teile) Dunkel Marmor mit Bronze verziert, Auktionsliste No. 58, Erlös RM.13.--)
- § 38) 1 Briefbeschwerer (~~xxx~~ in Bronze)
- 39) 1 Kassette mit Briefbogen und Kuverts.
- 40) 1 Holzschrankchen (Handgeschnitzte Eiche)
- 41) Div. Photoalpen und Familienbilder.
- 42) 3 Aktentaschen. (Leder) Auktionsliste 71, Erlös RM. 6.--)

Fortsetzung Herrenzimmer.

- § 43) 6 Aschenbecher (Messing, Kristall und Marmor)
 44) 1 Singernähmaschine (1928) Auktionsliste No. 80. Erlös RM.100.-)
 45) 1 Spiegel mit Konsole (Marmorplatte, ~~Auktionslist~~ Spiegelglas ca.1,1/2
 x 1m) Auktionsliste No.entweder 78 oder 04,Erlös Rm.8.-
 oder 4.-
- § 46) 1 Wandlampe (in Eiche)
 § 47) 1 Korridorlampe (Glasampel)
 48) 10 Sofakissen (Daunenfüllung, seidene und Gobelinüberzüge, Auktions-
 liste No. 75/76, Erlös RM. 22.50)

Bilder

- § 49) Div.kleine Familienbilder(Bronzerahmen)
 50) 2 grössere " (schwere Mahagonyrahmen)
 51) 1 Druckbild (Lautenschläger) in Goldrahmen
 52) 1 Stilleben (70 x 100 in schwerem Goldrahmen) Auktionsliste No.2738
 Erlös RM. 80.-)
 53) 1 Oelbild, Landschaft. (in getöntem Rahmen. Auktionsliste No.2379,
 Erlös RM. 280.-)
 54) 2 kleine Oelbilder. (getönter Rahmen. Auktionsliste No. 2740/41
 Erlös RM. 22.12.)
 55) 3 Stiche. (Originale in echtvergoldeten Rahmen. Auktionsliste No.2743
 Erlös RM. 50.-)
 56) 1 Blumenstück (Auktionsliste No. 2742, Erlös RM 5.-)

Teppiche

- 57) 1 Teppich (400/290) Auktionsliste No. 47, Erlös RM. 200.-)
 58) 1 Teppich (200/300) " " 46, " " 30.-)
 § 59) 1 Brücke (140/075) "
 § 60) 1 Tischdecke (Brokat)
 -61- No. 57 - 60 leider können wir weder Marke noch Preis angeben
 da es Geschenke unserer Eltern waren. Erzielter Erlös erscheint
 uns lächerlich gering.

Diverses:

- § 61) 1 Angelrute.
 62) 1 kleines Motorbootspielzeug (ca.75 cm. lang, neu) Aukt.No.63,Erlös
 63) Fussball mit Pumpe. (Auktionsliste No. 72, Erlös RM.10.-) RM.8.-)
 § 64) 1 paar Schlittschuhe.
 65) 1 Fahrrad. (Auktionsliste No. 2800, Erlös RM. 75.-)
 66) 1 Briefmarkenalbum.
 § 67) 1 Steinsammlung.

Blatt 2.Küchengeräte: §§ Nos. 68 - 73.

- u 74) 1 Staubsauger Nr.1928 mit Zubehör.("Siemens)gross, grün eimerförmig.
 Aukt.No.55/56 Erlös RM 93.-
- 75 und 76. Nr.77.7 Weingläse (geschliffene Römer)
 78. 12 Teegläser mit Einsatz .*Aukt.No. 69/70 mit 12 Gläsern Erlös 13,- RM*
 79 bis 82 (Alles geschliffenes Glas)
 83 bis 87.
 88 2 Teekännchen (Eine davon Jenaer Glas) Aukt.Liste No.60 Erlös
 89 8 kl.Tellerchen " " " " 4,50.
 90 1 Kuchenteller
 91 1 Service, 74 Teile ,Marke "Maria" Rosenthal,
 92 und 93. 12 Div.Schüsseln und Teller(Gutes Gebrauchsporcellan mit Blu-
 94 bis 111 (circa 36Gegenstände) Scheinbar Aukt.menmuster.
 Nr.99 Erlös RM27.-
 112 bis 135.
 136 5 Kristallvasen (gutes Bleikristall)
 137 3 gr. " schüsseln (" " 2 davon mit silb.Randfassung 800 gestempel
 Aukt.Nr.65. (diverses Kristall) Erlös RM 24!-
 138 1 Toilettengarnitur(5 Teile) Rosa geschliffenes Kristall!
 139/40. 1 kl.Porzellandose und Vogel. (handgemalt,"Rosenthal)Porzellan.

Erläuterungen zur Umzugsgutliste, Blatt 2.

§ Artikel nicht
erwähnt in Auktions-
liste.

Fortsetzung Küchengeräte.

- 141 1 Keramikvase (von Wien)
142 1 kl Wandkeramik (Skiläufer von Goldscheider, Wien)
143. 1 Nähkästchen mit Inhalt.
144 3 Leuchter. Messing, einer davon zweiarmig, Ital. Handarbeit in Dra-
chenform. (Scheinbar Aukt.Nr. 67/8 mit
Anderem Erlös 54/-RM. " " "
145 1 kl. Kerzenleuchter. (Messing 9 armig)
146 und 147 Holz und Messing.
148 Radio "Nora" alt. Aukt.Nr. 59 Erlös RM 10.-
149.

Blatt 3:

Wäsche (Normal ergänzt)

§§§§§ Nos. 150 - 175 (Über 200 vorwiegend ganz neue Wäschestücke, kurz
vor Auswanderung ergänzt, die grossen Überschlaglaken
und Kopfkissenbezüge bestickt und mit Hohlraum, ausserdem mehrere
Deckchen in Klöppel und Filetarbeit. Wahrscheinlich erstanden bei
Socialverwaltung für RM 340-.

§§§§§ Pleated Nos. 176 - 202 . (Circa 90 Teile) !

Blatt 4:

Silber

§§§§§ Nos. 203 - 219

48 Teile, meistens von Eltern ererbt, wovon
2 Teile, die alten Leuchter in Aukt. Liste
erscheinen. Nr. 67/68. Erlös mit Anderem 54/-RM.

(Nach 1933 angeschafft)

Nr. 220 2 kl. Petroleum-Öfen a RM 23,50 (1939) see Aukt.Nr. 55/6.
Erlös mit Anderem RM 93/-.
§ 221 1 elektr. 2 Flammen-kocher a RM 38, (1939).

Begehrte Abschrift:

31. Oktober 1941

1970 A

die Grosse Stadtpolizei, Hamburg im Sachen Georg Boek,

Arbeitszeugnis 1938/41

2734 1 Druck

2735 1 Druck

Begehrte Abschrift
des Stadtpolizeipräsidenten.

Begehrte Abschrift:

31. Okt. 1941

die Grosse Stadtpolizei, Hamburg im Sachen

Georg Boek,

Arbeitszeugnis 1938/41

2736 1 Druck 1474 (2.3.3 Co. 1625) 48.-

2737 1 Druck

A B S C H R I F T

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg

24a) Hamburg 11, 13. März 1948
Rödingsmarkt 83.

Herrn G. Bock,
172, Regent Court Flats
Bradfield Rd.,
Sheffield 6
England

Betr.: Umzugsgut.
Ihr Schreiben vom 14.1.ds.J.

1 Heft!

Ich habe nunmehr festgestellt, dass Ihr Hausrat im Auftrage der ehemaligen Gestapo verkauft worden ist. Der Erlös wurde auch an diese Stelle abgeliefert. Da die Akten dieser Polizeidienststelle kurz vor dem Zusammenbruch vernichtet worden sind, kann ich über den Verbleib des Geldes keine bestimmte Mitteilung machen. Es ist möglich, dass der Erlös in einem sehr hohen Betrag mitenthalten ist, der am 30.4. 1945 an meine Oberfinanzkasse ohne nähere Erläuterung abgeliefert worden ist.

Aus dem Verkauf der Sachen wurde erzielt:

	brutto	rein RM
a) für einen Druck	3.--	2,85
b) für 5 Bilder und 3 Buntstiche	449.--	423.30
c) für sonstigen Hausrat lt. Aufst.	2657.--	2147.45
d) für einen Lift	60.--	57.--

Abschriften der Abrechnungen und der Aufstellungen mit den Einzelerlösen füge ich bei. Ich bemerke, dass die Versteigerungsfirma Carl F. Schlüter, hier, keine Versteigerungsprotokolle mit den Namen und Anschriften der Käufer mehr besitzt.

Im Auftrag
gez. Dr. Topp. (Stempel)

Beglaubigte Abschrift.

31. Oktober 1941
1670 A

die Geheime Staatspolizei, Hamburg in Sachen Georg Bock,
Aktenzeichen: 1996/41

2744 1 Druck 3.--
5% -,15
- .15
2,85

Beglaubigt und Stempel
des Oberfinanzpräsidenten.

Beglaubigte Abschrift.

31. Okt. 1941
L.

die Geheime Staatspolizei, Hamburg in Sachen
Georg Bock,
Aktenzeichen: 1996/41

2736 1 leerer Lift (E.F.5 Co. 1625) 60.--
5% RM 3.--
3.--
RM 57.--

2572

Beglaubigte Abschrift.30. Sept. 1941
1664die Gestapo, Hamburg in Sachen
Georg Bock,
Aktenzeichen: 1996/41

128	2738	1	Gemälde v. Stuitzner "Stilleben"	80.--
129	2379	1	dto. v. Roszbach "Gebirgslandschaft"	280.--
179	2740	1	dto. v. Müller "Gebirgslandschaft"	22.--
174	2741	1	dto. unsign. "Blumen"	12.--
176	2742	1	Aquarell v. Müller "Gebirge"	5.--
169/171	2743	3	französische Buntstiche	50.--
				<u>449.--</u>
		5%	22.45	
			--	
			2.25	
		Vers. 2% a	/500.--	1.--
				<u>25.70</u>
				423.30

Beglaubigte Abschrift.10. Juli 1941
1643die Gestapo, Hamburg in Sachen
Georg Bock, früher Berlin
Aktenzeichen 1996/41
lt. anliegender Aufstellung

2.657.--

	5%	132,85	
		--	
		13.30	
Vers. 2% a	/2.700.--	5.40	
Packer M	5.-- p. %0kg.		
a/	3.600.--	18.--	
			<u>169.55</u>
			2.487.45
			<u>340.--</u>
			2.147.45

abz.Kauf der Soz.-Verw.

2072

15. März 1951

23

I/Z 1427 - 1 -

An
United Restitution OfficeHannover,
Kaulbachstr. 23.

Betr. Rückerstattungssache Georg Bock.

Ihre Anfrage vom 7.3.51 ist hier eingegangen. Die Oberfinanz-
direktion bestreitet jetzt nicht mehr, dass sie auch wegen des
an die Gestapo abgeführten Versteigerungserlöses in Anspruch
genommen werden kann. Vorläufig jedoch erkennt die Oberfinanz-
direktion eine Schadensersatzpflicht des Deutschen Reiches nur
an in Höhe des Versteigerungserlöses. Falls Sie mit dem Erlass
eines Beschlusses, der eine Schadensersatzpflicht des Deutschen
Reiches in Höhe von RM 2970.60 feststellt, einverstanden sind,
wird dieser Beschluss jetzt ergehen.

Falls der Antragsteller auf dem Standpunkt steht, dass der
Versteigerungserlös nicht dem wirklichen Wert des Umzugsgutes
entsprach, so wird die Sache hier vorläufig noch ruhen. In

b.w.

15. März 1951

- I - 1427 I

verschiedenen bei der Wiedergutmachungskammer anhängigen Verfahren, wird jetzt die Frage geprüft ob man grundsätzlich davon ausgehen kann, dass der wahre Wert der versteigerten Gegenstände ein Mehrfaches des Versteigerungserlöses betragen hat. Sollte in den bei der Kammer anhängigen Sachen sich ergeben, dass etwa das 1 1/2fache des Versteigerungserlöses dem Wert der Gegenstände zur Zeit der Entziehung entspricht, so wird die Oberfinanzdirektion nach Abschluss dieser Verfahren eine Schadensersatzpflicht des Deutschen Reiches in Höhe des 1 1/2fachen Wertes des Versteigerungserlöses anerkennen. Bis zum Abschluss der jetzt bei der Kammer anhängigen Verfahren wird noch einige Zeit vergehen.

Ihre Anfrage vom 7.3.51 ist hier eingegangen. Die Oberfinanz-
direktion bestreitet jetzt nicht mehr, dass sie auch wegen des
an die Gestapo abgetretenen Versteigerungserlöses in Anspruch
genommen werden kann. Vorher wurde die Oberfinanz-
direktion eine Schadensersatzpflicht des Deutschen Reiches nur
an in Höhe des Versteigerungserlöses. Teile die mit dem Erlös
eines Beschlusses, der eine Schadensersatzpflicht des Deutschen
Reiches in Höhe von RM 2970.00 festgestellt, einverstanden sind,
wird dieser Beschluss jetzt ergehen.

(Schwenn)
Assessorin.

17 März 1951

Teile der Antragsteller auf dem Standpunkt steht, dass der
Versteigerungserlös nicht dem wirklichen Wert des umgesetzten
Entsprach, so wird die Sache hier vorläufig noch ruhen. In

D.W.

United Restitution Office

Hannover, Kaulbachstraße 23

Telefon 56256

UK/B/12

Please quote our reference

Bitte unser Aktenzeichen angeben

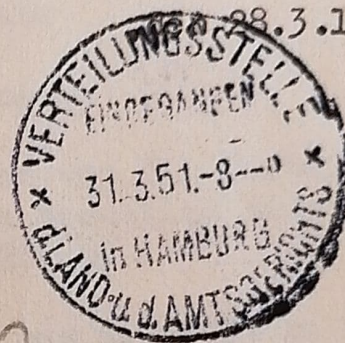
An das

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht ,

H a m b u r g

31. MRZ 1951

3. April



Betr. Az. I/Z 1427 - 1 - Rueckerstattungssache Georg Bock, Sheffield.
Dort. Schreiben vom 15.3.51.

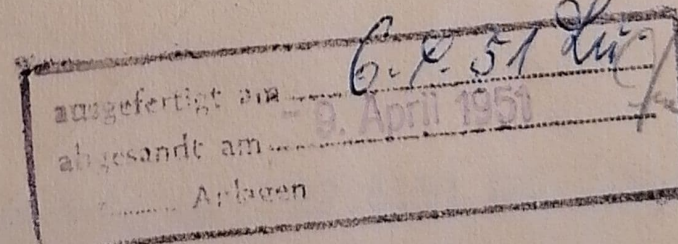
Der Antragsteller beansprucht als Schadensersatz den Wiederbeschaffungspreis

Ich verweise auf meinen Schriftsatz vom 7.12.50.

(Dr. Blumberg)

2. April, an OFD

3.4.51 J



United Restitution Office

Hannover, Kaulbachstraße 23

Telefon 56256

UK/B/12

Please quote our reference

Bitte unser Aktenzeichen angeben.

14.6.1951

/He

An das
Wiedergutmachungsausschuss
beim Landgericht

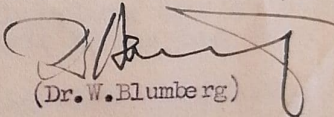
H a m b u r g



Betr.: Rueckerstattungssache Georg Bock gegen Deutsches Reich
A.Z. I/Z 1427 - 1 -

1. Ich bitte, die Sache zur Entscheidung an die Kammer zu verweisen.
2. Der Antragsteller beansprucht Schadensersatz
 - a) fuer das Umzugsgut in Höhe von DM 15 000.-
 - b) fuer Fracht- und Lagergeld, das fuer den von der Gestapo aufgehaltenen lift bezahlt werden musste, an Spedition Edmund Franzkowiak & Co in Berlin-Wilmersdorf bezahlt RM 3.211,85
 - c) fuer Zahlung der Spedition Franzkowiak vom 4.8.1941 an Deutsche Bank, Hamburg, Adolfsbruecke (Konto Gestapo) DM 399,80

Ich bitte, einen Feststellungsbeschluss fuer die oben angegebenen Beträge nebst Zinsen seit der Entziehung zu erlassen.


(Dr. W. Blumberg)

1/ d. am 8.7.1
mit Aufträgen in
mehrere Teile aus der
Arbeitssache.

2/ 1. Mai.

20
16.7.51

Ausgefertigt am
Gelesen am
Abgesandt am

22.6.51 Gü.

23. Juni 1951

2072

Oberfinanzdirektion Hamburg

- O 5210 - B 29 - V 115 d (fr. P 55 d)

wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und Gegenstand
dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

Hamburg 11, 29 Juni 1951
Rödingsmarkt 83 / Fern

Eingegangen
am 3. JULI 1951
mit Anlagen



An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g

Betr.: Rückerstattungssache Georg Bock

Bezug: Dort. Schreiben vom 22. Juni 1951 - Akt. Zeich. I Z 1427-1

Anl.: 2.

Zu dem mir mit Bezugsschreiben übersandten Schriftsatz des Berechtigten vom 14.6.1951 nehme ich wie folgt Stellung:

Nach der Abrechnung der Fa. Schlüter über die Verwertung des Eigentums von Georg Bock betrug der Buttoerlös 3.169.-- RM. In diesem Betrag ist auch der Kaufpreis von 340.-- RM für die von der Sozialverwaltung erworbenen verschiedenen Haushaltsgegenstände enthalten.

Weitere Unterlagen über die Versteigerung sowie Unterlagen über die von dem Antragsteller angeblich an die Spedition E. Franzkowiak geleisteten Zahlungen sind nicht vorhanden.

Die Höhe der Verkaufserlöse bei einzelnen Positionen in der Abrechnung läßt die Vermutung zu, daß diese Posten unter dem tatsächlichen Verkaufswert abgegeben worden sind. Es sind aber keine besonderen Merkmale für die Behauptung des Antragstellers gegeben, daß diese Gegenstände weit unter dem Wert versteigert worden seien.

Die Oberfinanzdirektion ist mit folgendem Beschluß einverstanden:

"Es wird festgestellt, daß das Deutsche Reich zum Schadenersatz in Höhe von 5000.-- RM für entzogenen Hausrat verpflichtet ist.

Zeitpunkt der Entziehung: 31. Oktober 1941.

Der Antragsteller wird verpflichtet, alle Ansprüche gegen die Käufer der versteigerten Gegenstände an die Antragsgegner abzutreten."

Bei den unter 2 b des Schreibens vom 14.6.1951 angegebenen Zahlungen in Höhe von 3 211.85 RM handelt es sich um keine feststellbaren Vermögenswerte, die dem Berechtigten durch das Deutsche Reich entzogen worden sind. Für den Anspruch auf die vor dem Zeitpunkt der Entziehung für den Transport des ~~Verz~~ Umzugsguts geleisteten Zahlungen ist nicht der Tatbestand des Art. 1 zum MilRegGes. Nr. 59 gegeben. Dieser Anspruch muß der Regelung durch das zu erwartende allgemeine Entschädigungsgesetz vorbehalten bleiben.

Über

1/ 8. von URO
2/ 8. N.
3/ 3. Mai
5/4 H

Ausgefertigt am 7.7.51 Gü.
Gelesen am
Abgesandt am 9. Juli 1951

8710

Über den unter 2 c des Schreibens des United
Restitution Office vom 14.6.1951 geltend gemachten
Anspruch ist hier nichts bekannt.

Der Betrag von 399,80 RM ist bei der Oberfinanz-
kasse Hamburg nicht eingegangen.

Zu 2b und c des Antrags wird um Zurückweisung
gebeten.

Im Auftrag

gez. Rebeling



Beglaubigt

Zollinspektor

United Restitution Office

Hannover, Kaulbachstraße 23

Telefon 56256

UK / B / 12

Please quote our reference
Bitte unser Aktenzeichen angeben

3.8.1951

Fr



An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g 36

Zu: I/Z 1427 - 1 -

Betr.: Rueckerstattungssache Georg Bock gegen Deutsches Reich.
Stellungnahme zu den Erklärungen der Oberfinanzdirektion Hamburg
vom 29.6.1951.

Ans der ueberreichten Liste des Umzugsguts ergibt sich, dass die Gegen-
staende sehr billig versteigert worden sind, sodass der erzielte Erloes
in keiner Weise dem wirklichen Wert des Umzugsgutes entsprach. In dieser
Verschleuderung kommt noch hinzu, dass nur etwa 1/3 der Sachen zum Verkauf
gelangte, waehrend im uebrigen keine Abrechnungen vorliegen.

Bei dieser Sachlage entspricht der von der Oberfinanzdirektion H a m b u r g ange-
botene Schadensersatz von RM 5.000.-- in keiner Weise dem wirklichen Schaden
des Antragstellers. So hat dieser eine Rechnung ueber ein fuer RM 825.--
gekauft Klavier, waehrend der Erloes nur RM 150.-- betrug.

in
Ueber die Zahlung an die Speditionsfirma Franzkowiak fuege ich Abschrift
eine Rechnung ueber den Betrag von RM 2866.85 bei. Spaeter sind fuer die
Lifts noch Lagergelder bis 31.Juli 1941 bezahlt.

Der Nachweis, dass der Betrag von RM 399.40 am 4.8.1941 an die Deutsche
Bank (Konto Gestapo) gezahlt ist, wird durch die in Abschrift beigefuegte
Rechnung bewiesen.

2 Anlagen

Eingegangen	
- 7. AUG. 1951	
am	3 farl
mit	7 Anlagen 2+

(Dr. W. Blumberg) 2

2) T : 24. 9. 9 1/2

3. Ende 9. 11. 89

4) 26. 9.

14. AUG. 1951

abys

Wiedergutmachungsamt
bei dem Landgericht Hamburg

Hamburg, den 27. Sept. 51.

Aktenzeichen: I/Z 1427 -1-

Gegenwärtig:

~~LG. Rat~~

Ob. Reg. Rat Asschenfeldt

~~Assessor~~

(Nicht - Öffentliche Sitzung
In der Rückerstattungssache

Georg, B o c k

als Verhandlungsleiter

Schulz,
Just. Angest.

als Protokollführerin

Antragsteller

gegen

das Deutsche Reich ges. 14
vertr. d. d. Hansest. Hbg.
-Finanzbeh. - diese vertr
d. d. Oberfinanzdir. Hbg. sic
Antragsgegner 195

erschieden bei Aufruf

für Antragsteller : RA. Dr. Manasse

für Antragsgegner : Dr. Rocke

Die Rechtslage wurde besprochen.

Das Wiedergutmachungsamt machte darauf aufmerksam, daß bisher noch nicht vorgetragen sei, welches Schicksal die 2/3 nicht zur Versteigerung gekommenen Sachen des Umzugsgutes gehabt haben. Wenn sie gestohlen oder ausgebombt worden sind, würde insoweit ein Rückerstattungsanspruch nicht begründet sein.

Die Akte soll der Oberfinanzdirektion zur Einsichtnahme übersandt werden.

Das Wiedergutmachungsamt machte ferner darauf aufmerksam, dass die Zahlung für Fracht- und Lagergeld an die Firma Franzkowiak ein Anspruch sei, der nicht unter das Rückerstattungsgesetz falle.

Zu Punkt 3 (Konto Gestapo) verlas der Vertreter des Antragstellers die Abschrift eines Schreibens der Fa. Franzkowiak an den Antragsteller. Hieraus geht hervor, dass diese Firma den Betrag von "DM" 399,80 auf Anordnung der Polizeileitstelle Hamburg am 4. August 1941 auf das Konto der Gestapo bei der Deutschen Bank überwiesen hat. Der Vertreter des Antragsgegners wird bei der Firma Franzkowiak & Co., Berlin-Wilmersdorf, Uhlandstr. 83-84, anfragen, ob dieser Betrag überwiesen wurde und ob es sich um DM od. RM handelt.

Falls die Auskunft dem Brief der Firma an den Antragsteller entspricht, wird der Vertreter des Antragsgegners den Anspruch anerkennen.

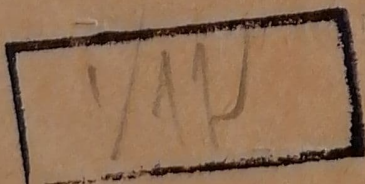
A. Meyer, Brief

- ✓ Vfg.
✓ 1 Ausf. an URO.
✓ 1 Ausf. an OFDir.

abr: P 28. SEP. 1951

Sachbearb.:
Akte der OFDir. übersenden.
(s. R. letzter Abs.)

Frist: 1 Mon.



[Handwritten signature]

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 5210 - B 29 - V 115 d

Er wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag u. Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

Postanschrift:

Hamburg 11, 30. Oktober 1951
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

Dienststelle Wiedergutmachung
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

An das
Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g

Betr.: Rückerstattungssache Georg B o c k

Bezug: dort. Schreiben v. 29.9.1951 Az. I/Z 1427 - I

Anlagen: 2 + Akte I/Z 1427

Zu dem Bezugsschreiben nehme ich wie folgt Stellung:
Meine Stellungnahme vom 29.6.1951 bezieht sich nur auf die nach den Versteigerungsprotokollen entzogenen Gegenstände. Nur insoweit kann der geltend gemachte Anspruch auch als begründet angesehen werden. Die Entziehung von Gegenständen, die nicht in den Versteigerungsprotokollen aufgeführt worden sind, ist bisher nicht nachgewiesen worden. Aufgrund der von dem Berechtigten beigebrachten Aufstellung allein kann auch nicht schlüssig behauptet werden, daß alle darin aufgeführten Sachen unbedingt auch vom Deutschen Reich entzogen sein müssen. Dagegen sprechen die bekannten und schon oft erwähnten Tatsachen, daß vor der Entziehung Umzugsgut beraubt oder durch Feindeinwirkung vernichtet worden ist. Ich verweise hierzu auf die neuerliche Entscheidung des Hans. OLG vom 5.10.1951 (Az. 5 W 167/51) in Sachen Kronheim gegen Deutsches Reich.

Eine vergleichsweise Regelung kann daher nur insoweit erfolgen, als die Entziehung durch die Protokolle nachgewiesen worden ist. Nach den auch dem Antragsteller bekannten Grundsätzen der Bewertung von entzogenem Hausrat können die in der Versteigerung erzielten Preise nicht durchweg als zu niedrig angesehen werden. Aus ihnen ist vielmehr auf die Beschaffenheit der einzelnen Gegenstände zur Zeit der Entziehung zu schließen. Folgende Erlöse insbesondere erscheinen mir durchaus für eine Versteigerung angemessen zu sein: Pos. 46/7, 53, 67/8, 55/6, 80, 83/4, 2800. Der für das Klavier bezahlte Preis von RM 150,-- mag gegenüber dem Anschaffungspreis von RM 850,-- niedrig erscheinen. Berücksichtigt man aber, daß das Instrument zur Zeit der Entziehung nicht mehr neuwertig war und daß es durch den Transport und die Lagerung gewiss nicht geschont worden ist, muß man den erzielten Erlös als durchaus angemessen ansehen.

Ich bin bereit in Abänderung meiner Stellungnahme vom 29.6.1951 unter Berücksichtigung obiger Ausführungen die Ersatzpflicht des Deutschen Reiches für die lt. Versteigerungsprotokoll entzogenen Gegenstände in Höhe von RM 6.500,-- anzuerkennen. Sollte sich über dieses Angebot keine Einigung erzielen lassen, bitte ich die Sache an die Wiedergutmachungskammer zu verweisen.

Die Fa. Edmund Franzkowiak & Co. hat mir mitgeteilt, daß sie am 4.3.1941 das bei ihr für den Berechtigten bestehende Restguthaben in Höhe von RM 399,80 an die Gestapo überwiesen hat.

Mit der Feststellung der Ersatzpflicht des Deutschen Reiches in Höhe von RM 399,80 wegen Entziehung eines Guthabens bin ich einverstanden.

Zeitpunkt der Entziehung: 4.8.1941.

2. D. am Ref.

Im Auftrag
Gez. Rebling



Beglaubigt

Zollinsp.

27. Dez. 1951

Vorgelegt

nach Finanzamt

Kanzlei

23. 11. 51

2. Nr.

22/11/51

Institution Office
r, Kaulbachstraße 23
Telefon 56256
UK/B/12

Eingegangen
19. JAN. 1952
mit Anlagen c

Please quote our reference

33

17.1.1952



An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht

H a m b u r g

Zu: I/Z 1427 - 1 -

Betr.: Rückerstattungssache Georg Bock gegen Deutsches Reich wegen
Umzugsgut

Namens des Antragstellers tragen wir vor:

- 1.) Wir wiederholen unsere Ausführungen in dem Schriftsatz vom 7.12.1950. Es muß als festgestellt angesehen werden, daß in dem Lift diejenigen Gegenstände enthalten waren, die in der überreichten Original-Packliste aufgeführt sind. Die Unstimmigkeiten zwischen dieser Liste und der Versteigerungsliste können unmöglich zu Lasten des Antragstellers gehen. Man muß davon ausgehen, daß der Lift mit seinem amtlich genehmigten Inhalt der Gestapo ausgeliefert worden ist. Wenn auf ungeklärte Weise nicht alle Gegenstände zur Versteigerung gekommen sind, so muß mit Rücksicht auf den Beweisnotstand des Geschädigten die Oberfinanzdirektion beweisen, daß diese Gegenstände nicht entzogen worden sind. Dazu kommt, daß die Speditionsfirma Franzkowiak in ihrem Schreiben vom 23.11.1947 bestätigt hat, daß der Lift von Hamburger Behörden, also Beamten, beraubt worden ist.
- 2.) Das Klavier (Abs. 2 des Schreibens der Oberfinanzdirektion Hamburg vom 30.10.) wurde wohl 1928 gekauft und war wenig gebraucht, überdies vor der Auswanderung vollkommen überholt, gestimmt und aufpoliert. Der Verkäufer, Porth, dessen Geschäft noch bestehen soll, war Mieter des Vaters des Antragstellers und verkaufte es mit 850 RM, d.h. 150.-- M unter dem Listenpreis. Der Erlös in der Versteigerung von 150.-- RM ist daher lächerlich gering.
Man kann hiervon allgemein auf die Beurteilung der Oberfinanzdirektion bezüglich der erzielten Preise schliessen. Der Einwand der Verschlossenheit ist naheliegend, aber spricht dafür eine Vermutung? Vielmehr ist der Umstand zu berücksichtigen, daß die damaligen Versteigerungen von Umzugsgut von Juden zu Schleuderpreisen stattfanden. Selbst wenn man ganz von der subjektiven Einstellung von Auktionator und Publikum absieht, so ist es klar, daß das damalige Massenangebot von Lifts den Preis so stark drückte, daß man ihn nicht als objektiven Wert ansehen kann.
- 3.) Franzkowiak hat RM 399.86 an die Gestapo bezahlt. Wir nehmen an, daß die Oberfinanzdirektion diesen Betrag anerkennt.
- 4.) Das Angebot der Oberfinanzdirektion über RM 6.500 ist unangemessen. Mag die Kammer entscheiden.
Falls die Oberfinanzdirektion DM 10.000.- anerkennen will und dazu RM 399,80, würden wir dem Antragsteller einen Vergleich empfehlen.
Den Anspruch wegen der Unkosten (Verpackung, Fracht, Lagergelder usw), der im Rückerstattungsverfahren nicht geltend gemacht werden kann, behält sich der Antragsteller für ein späteres Entschädigungsverfahren vor.

ausg. fertig V 20.1.52 sch
abgehandelt am OFD. z. H.
28. JAN. 1952 10

(Dr. W. Blumberg)

United Restitution Office
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Hamburg, den 26.1.52
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude,
(Anbau) III. Stock, Zimmer 837 a
Fernsprecher: 35 17 31

1951

2

Geschäftsnummer: I/Z 1427 -1-

(Bitte bei allen Antworten und Eingaben angeben)

Beschluß

In der Rückerstattungssache

des

Georg B o c k , Sheffield 6 , England
172, Regent Court Flats,
Bradfield Road Antragsteller,

Bevollmächtigter: United Restitution Office, Hannover, Kaulbachstr. 23
Zustellungsbevollmächtigter:

gegen

das Deutsche Reich

vertreten durch die Hansestadt Hamburg - Finanzbeh.
diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg, Antragsgegner,

Bevollmächtigter:

LG. ZP (W) 10 (6000 4. 51 E0708)

wenden!

der 1. Wiedergutmachungskammer

Hamburg, den

14. Feb. 1952

449,--

Verhandlungstermin
den 4. April 1952 9 Uhr 30
Hamburg, den 7. Februar 1952

Der Vorsitzende
der Wiedergutmachungskammer.

W. R.

ist eine gütliche Einigung — über folgende Punkte — nicht zustande gekommen.
Betr.: Umzugsgut u. Zahlung der Spedition Franzkowiak RM. 399.

Das Wiedergutmachungsamt verweist deshalb die Sache, soweit sie strittig geblieben
ist, an die Wiedergutmachungskammer — Landgericht = Hamburg (Art. 55 REG).

A. Meyer

Vermerk:
Vollmacht für "URO"
s. Leitakte Bl. 4

UK/B/12

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht
H a m b u r g

Please quote our reference
Bitte unser Aktenzeichen angeben

27.2.52

Hg.

Eingegangen

21. FEB. 1952

I Z 1427 -1-

Betr.: RE-Sache Georg Bock ./.. Deutsches Reich, wegen Umzugsgut.

In Ergaenzung unseres Schriftsatzes vom 17.1.52 tragen wir fuer den Antragsteller vor:

- 1.) Der Einwand der "Verschlissenheit" kann sich auf keinen Fall auf die 5 Gemaelde und 3 franzoesischen Buntstiche beziehen, die bei dem uebergrossen Angebot von Kunstgegenstaenden aus juedischem Besitz damals sicherlich weit unter Wert versteigert worden sind. Wir fuegen Abschrift des Protokolls bei:

"Die Gestapo Hamburg in Sachen
Georg B o c k

30. Sept. 1941

1664

Aktenzeichen: 1996/41

128	2738	1 Gemaelde v. Stuitzner "Stilleben"	80,--
129	2379	1 dto v. Rossbach "Gebirgslandschaft"	280,--
179	2740	1 dto v. Mueller "Gebirgslandschaft"	22,--
174	2741	1 dto unsign. "Blumen"	12,--
176	2742	1 Aquarell v. Mueller "Gebirge"	5,--
169/71	2743	3 franzoesische Buntstiche	50,--

5% 22,45

449,--

2,25

Vers. 2% a /500 l.-

25,70

423,30

- 2.) Die Versteigerung der Moebel des Antragstellers hat schon am 10. Juli 1940 stattgefunden. Es kann also wohl nicht der bekannt Einwand gemacht werden, dass in den Versteigerungen hohe Preise erzielt wurden, weil die ausgebombten Hamburger Buerger Moebel brauchten.

An WiK 6/52
Jo

Dr. W. Blumberg
(Dr. W. Blumberg)

- 1. MRZ. 1952

1941
n. Bl. 21 vom

Landgericht

1. Wiedergutmachungskammer

(24a) HAMBURG, den 4. April 1952. 4

Öffentliche Sitzung

*2x Parl. 7452
Greve*

Aktenzeichen: 1 WiK 67/52
- I/Z. 1427 - 1 -

In der Rückerstattungssache

B o c k

Gegenwärtig:

1. Landger. Dir. ~~Rax~~ Dr. Joost
als Vorsitzender,

gegen

Deutsches Reich
Oberfinanzdirektion

2. Landgerichtsrat Dr. Warmbrunn

- O 5210 - B 29 - VII 5 d -

3. Assessor Dr. Schmidt-Räntsch
als Beisitzer,

erschienen bei Aufruf

Justizangestellte Greve

für Antragsteller Dr. Blumberg

4. als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

für Antragsgegner Herr Sillem

Die Sache wurde verhandelt.

Beschlossen und verkündet:

Eine Entscheidung soll den Parteien
zugestellt werden.

[Signature]

Greve

Landgericht Hamburg

1. Wiedergutmachungskammer

Aktenzeichen:

1 Wik 67/52

In allen Eingaben anzugeben!

Beschluß

2x Part. 157452
freve

6

In der Sache

Bach

Bevollmächtigte:

Antragsteller,

gegen

D.R.

Antragsgegner,

Bevollmächtigte:

hat das Landgericht Hamburg 1. Wiedergutmachungskammer,
durch folgende Richter

1. Landgerichtsdirektor –
als Vorsitzender,
2. Landgerichtsrat
3. Landgerichtsrat

Am.

H. Furt
H. Bernbrunn
H. Kellert-Rautsch

am

15. April 52

beschlossen:

I. Der Antragsteller möge, falls er weiter behaupten
will, daß der Lift nur handtäger Belüftung braucht
sein soll, Beweis dafür antreten, insbesonders
des Scheitern der Expedition vom Frankskorn
am 23. 11. 1947 wegen.

II. Eine weitere Entscheidung bleibt vorbehalten.

[Signature]

[Signature]
- 4

[Signature]



7
23.5.1952
/Wi

UK/B/12

Please quote our reference
Bitte unser Aktenzeichen angeben

Zu: 1 WiK 67/52

An die
1. Wiedergutmachungskammer
beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g

Betr.: RE-Sache Bock gegen Deutsches Reich, Auflage vom 15.4.52.

- 1) Wir ueberreichen anliegend Originalschreiben der Speditionsfirma Edmund Franzkowiak & Co., Berlin-Wilmersdorf, vom 23.11.1947, dessen Absatz 4 die in Frage kommende Auskunft enthaelt.
- 2) Der Antragsteller bittet uns noch, folgendes vorzutragen:
"Zu bemerken ware wieder, dass die zur Versteigerung gelangten und verrechneten Sachen kaum ein Drittel der Menge waren, die laut polizeilicher Umzugsgutliste im Lift waren und man deshalb der Behauptung des Gewahrsmannes von Franzkowiak Glauben schenken muss, dass Lifts von Hamburger Behoerden und Gestapo beraubt wurden.
Ferner bin ich ueberzeugt, dass auch Hamburger Behoerden die Gelegenheit nutzten, um billig zu kaufen. Siehe Posten Socialverwaltung RM 340.- fuer "Haushaltungsgegenstaende, Wasche etc."
Um diesen sehr unklaren Posten zu klaren, fragte ich am 5.4.48 nach der Adresse der Socialversicherung, die ich auch am 13.4.48 erhielt mit dem Hinweis, dass "der Verbleib der von der frueheren Socialverwaltung angekauften Sachen kaum festzustellen sein wird." Ein spaeterer Antrag auf Ersatz von Einrichtungsgegenstaenden wurde nicht stattgegeben.
Ich bitte, meinen Anspruch aufrechtzuerhalten."
- 3) Wir dehnen hiermit das Verfahren auf die Stadt Hamburg (Socialverwaltung) aus, da sich herausgestellt hat, dass auch die Stadt Hamburg Gegenstaende entzogen hat.

Anlage

1.) B. an H. Hoffmann des Herrn Franzkowiak & Co.
an OFD mit K + St. 2 Wo.
2.) Nach 3 Wo.

Dr. W. Blumberg

(Dr. W. Blumberg)

2. Mal 29/5.52
Greve 15

19/6.52

steller noch seine Ehefrau von den 60 genannten Nummern

Uhländstr. 83-84 . Pfalzburger Str. 43-48
Berlin-Wilmersdorf

Internationale Möbeltransporte
Spedition, Verpackung, Lagerung

FRANZKOWIAK & CO.

EDMUND

Sachen wurden auch nicht von uns mit der Gestapo abgerechnet. Der Versteigerungserlös wurde auf das Konto der Gestapo, Abt. II.B.2 durch die Bank (Reichsbank ?) überwiesen.

Da ich Ihnen, wie schon erwähnt, keine näheren Auskünfte erteilen kann, möchte ich Ihnen empfehlen, sich an den Herrn Oberfinanzpräsidenten in Hamburg zu wenden, der die Wiedergutmachung übernommen hat."

Wir bedauern, Ihnen einen anderen Bescheid nicht geben zu können und zeichnen

hochachtungsvoll

Versteigerer in Hamburg.

9

Carl F. Schlüter ,Hamburg.

Wilhelm Dechow , Hamburg, Hellerstr. 56.

Gerichtsvollzieherei beim Amtsgericht in Hamburg.

Gerichtsvollzieher S a a l, Hamburg, Drehbahn.

Georg Lüders, Hamburg.

Schopmann & Sohn, Hamburg.

Marg. Knierim, Hamburg.

Louis Krohn, Hamburg.

Wilhelm Dähling od. Wähling, Hamburg.

Bruno Kahl, Hamburg.

Max Nothnagel, Hamburg.

Ferdinand Albers, Hamburg.

Georg Ruchmann, Hamburg .

Adolph L. Frieda Elsass, Hamburg.

Richard Jäkel, Hamburg.

United Restitution Office

Hannover, Kaulbachstraße 23

Telefon 50256

Please quote our reference

Bitte unser Aktenzeichen angeben

UK/B/12

8.8.1952

An die
1. Wiedergutmachungskammer
beim Landgericht

H a m b u r g

Zu: 1 WiK 67/52

Betr.: Rückerstattungssache Bock ./.. Deutsches Reich
wegen Lift

Wir erhielten das Schreiben der Oberfinanzdirektion
Hamburg vom 6.6.1952 zur Stellungnahme.

Der Antragsteller führt folgendes aus:

" Das Schreiben des Spediteurs Franzkowiak vom 23.11.1947 hebt ausdrücklich hervor, daß von verschiedenen Aufträgen nur ein Teil zur Auktion kam, da von den Hamburger Behörden Kunstgegenstände, Möbel und Wäsche vor der Versteigerung ausgesucht und diese Sachen mit der Gestapo nicht abgerechnet wurden. "

Demgegenüber kann die sehr allgemein gehaltene Behauptung der Oberfinanzdirektion, daß obige Güter vor der Versteigerung ausgesondert, dann jedoch " regelmässig " abgerechnet wurden, nicht in Betracht gezogen werden.

Die Oberfinanzdirektion gibt weder an, wer die Aussonderung vorgenommen hat, noch durch wen und an wen eine Zahlung erfolgt ist.

Angesichts eines derartig unregelmässigen Vorganges, bei welchem nur ein Teil der Güter nachweisbar versteigert worden ist, bleibt die Oberfinanzdirektion dafür beweispflichtig, welche Gegenstände nicht versteigert worden sind und wohin der für sie angeblich gezahlte Erlös gegangen ist.

Im einzelnen wird bemerkt, daß nur 5 Bilder laut der Auktionsliste vom 3.9.1941 abgerechnet wurden, während wertvolle Kristalle, Marmor- und Bronzegegenstände nicht abgerechnet zu sein scheinen, es sei denn, daß sie unter den verschleierten Sammelbezeichnungen wie "Diverse Kristalle" oder " 6 Messingleuchter, 2 silberne Leuchter " erscheinen, wobei man nicht erkennen kann, was gemeint ist.

Am 13.4.1948 wurde von den Behörden zugegeben, " daß der Verbleib der von der früheren Sozialverwaltung gekauften Sachen kaum feststellbar sein wird ". Wir nehmen an, daß die Sozialversicherung für den Spottpreis von 340.-- RM außer Haushaltsgegenständen, die gesamte Wäsche (mehr als 200 vorwiegend neue Stücke) einschliesslich Klöppel und Filetarbeit erhalten hat.

Die Auktionslisten sind so gehalten, daß weder der Antragsteller noch seine Ehefrau von den 60 genannten Nummern kaum 90 Gegenstände zu erkennen vermögen, während die von der Polizei beglaubigten Umzugsgutliste mehr als den dreifachen Inhalt enthält, der im Lift war.

Wir bitten daher das Gericht, die Umzugsgutliste des Antragstellers bei der Beurteilung des Anspruchs zu Rate zu ziehen.

Näheres ist bereits im Schriftsatz vom 7.12.1950 ausgeführt worden.

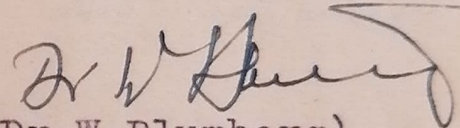
Die Sozialverwaltung erwähnt, daß die Sachen von ihr zum Schätzungspreis übernommen wurden. Wer hat die Schätzung vorgenommen? Glaubt in der jetzigen Zeit wirklich noch ein Gericht, daß die Schätzung von jüdischem Besitz damals objektiv und einwandfrei zu angemessenen Preisen stattgefunden hat? Oder sollten nicht die Behörden angesichts der Vermutung der Willkür den



den Beweis dafür erbringen müssen, daß die Schätzung ausnahmsweise richtig war? Es handelt sich hier um einen der wichtigsten Grundsätze der Restitution, den wir immer wieder betonen müssen.

Der Antragsteller hat wiederholt die polizeilich beglaubigte Liste dafür angeboten, daß sie weitere Anhaltspunkte enthält, daß entweder viele Gegenstände aus dem Lift vorweg abgesondert und nicht abgerechnet worden sind oder im Bausch und Bogen verschleudert wurden und aus unbekannten Gründen nicht in der Auktionsliste erscheinen.

Der Antragsteller hat den Totalverlust seiner Einrichtung erlitten und fühlt sich völlig berechtigt, auf dem als Vergleichssumme von ihm angebotenen Betrag von 10.000 RM zu beharren.


(Dr. W. Blumberg)

Landgericht Hamburg
1. Wiedergutmachungskammer

1 WiK 67/52

Z 1427 -1-

B e s c h l u ß.

✓
18. April 1953
Ko.

1) Ausfertigung an:

- 3 × Parteien
- × Beteiligte
- mit Urkunden

- 2) je 1 Abschrift an
- Landgericht
- f. V. u. G. Kontr.
- Grundbuchamt

20.4.53 Ko.

ab am:

24. April 1953 Ko.

- 1/ Zentralamt
- mit CC, 18

- 3) Form B ab zum

4. JUN 1953

In der Rückerstattungssache

Georg B o c k,
Sheffield 6, England
172, Regent Court Flats,
Bradfield Road,

Antragsteller,

Bevollmächtigte: United Restituion Office
Hannover, Kaulbachstr. 23
(UK/B/12),

gegen

- 1.) das D e u t s c h e R e i c h,
gesetzlich vertreten durch die
Freie und Hansestadt Hamburg
- Finanzbehörde-, diese vertreten
durch die Oberfinanzdirektion
Hamburg, Hamburg 13, Hartungstr. 5
Az.: o 5210 - B 29 - V 115 d
- 2.) die Hansestadt Hamburg - Sozial-
behörde - Rechtsabt./Referat 1
Hamburg, Ernst Meckstraße, Bieber-
haus,
Az.: Dr.N./Ko.

Antragsgegner,

hat die 1.Wiedergutmachungskammer des Land-
gerichts in Hamburg nach mündlicher Verhand-
lung durch folgende Richter:

- 1.) Landgerichtsdirektor Dr.Joost,
- 2.) Landgerichtsrat Engelschall,
- 3.) Assessor Dr.Schröer

am 31.März 1953 beschlossen:

Schm.

I.

25. VII.

- 2 -

I. Gegenüber dem Antragsgegner zu 1.) wird festgestellt, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, dem Antragsteller den Verlust der folgenden Beträge zu ersetzen:

a.) 8.000.-- RM (Hausstand),

Zeitpunkt des Verlustes: 10. Juli 41,

b.) 399,80 RM (Transportkosten, Gutha-ben),

Zeitpunkt des Verlustes: 4. Aug. 1941.

II. Die weitergehenden Ansprüche gegen den Antragsgegner zu 1.) sowie sämtliche Ansprüche gegen die Antragsgegnerin zu 2.) werden zurückgewiesen.

III. Diese Entscheidung ergeht gebührenfrei; eine Erstattung außergerichtlicher Kosten findet nicht statt.

G r ü n d e:

Der jüdische Antragsteller, der früher in Berlin wohnhaft war, ist kurz vor Kriegsbeginn im Zuge der von der damaligen Regierung gegen Juden gerichteten Verfolgungsmaßnahmen aus Deutschland ausgewandert. Sein in einem Lift verpacktes Umzugsgut wurde zunächst durch die Speditionsfirma Franzkowiak nach Hamburg gesandt und im Freihafen eingelagert. Wegen des Kriegsausbruches ist es zu einer Weiterversendung ins Ausland nicht mehr gekommen. 1941 wurde der Lift von der Gestapo beschlagnahmt und anschließend in ihrem Auftrag durch den Auktionator S c h l ü t e r versteigert. Schlüter hat Bruttoerlöse von 2.657.-- RM (Hausstand), 3.-- RM (ein Druck), 449.-- RM (5 Bilder und 3 Buntstiche), 60.-- RM (Leerer Lift), insgesamt demnach 3.169.-- RM erzielt und nach Abzug von Unkosten 2.630,60 RM an die Gestapo überwiesen. In dem

zuerst

zuerst genannten Erlös von 2.657.-- RM sind 340.-- RM enthalten, die durch Verkauf verschiedener Haushaltsgegenstände, Wäsche etc. an die Antragsgegnerin zu 2.) erzielt wurden. - Ein bis zur Versteigerung bei der Firma Franzkowiak vorhanden gewesenes Transportkostenguthaben des Antragstellers wurde auf Verlangen der Gestapo in Höhe von 399,80 RM am 4. August 1941 auf ihr Konto bei der Deutschen Bank überwiesen.

Der Antragsteller hat wegen der durch Verlust des Umzugsguts entstandenen ^{an} Vermögenseinbußen frist- und formgerecht Rückerstattungsansprüche aus Gesetz Nr. 59 angemeldet und unter Hinweis auf die eingereichte Liste (Pl. 12 ff der Akte des Wiedergutmachungsamts) den Wert ^{im Lit} der Versteigerung mit 15.000.-- RM ^{angegeben}. In Höhe dieses Betrages hat er Schadensersatz in DM beansprucht und seine Ansprüche auch gegen die Antragsgegnerin zu 2.) gerichtet, soweit ~~se~~ Gegenstände gekauft hat. Der Antragsteller hat vorgetragen, daß wahrscheinlich etwa nur $\frac{1}{3}$ des beschlagnahmten Umzugsguts zur Versteigerung gekommen sei. Das ergebe sich aus einem Vergleich, der von ihm eingereichten Liste mit der Versteigerungsliste des Herrn Schlüter. Offensichtlich wären Kunstgegenstände, Gebrauchsgegenstände ~~und~~ Wäsche vorher von den Hamburger Behörden aus dem Lift entnommen worden. Auch für die insoweit entstandenen Verluste sei der Antragsgegner zu 1.) verantwortlich.

Außer dem Schadensersatz für den Hausrat hat der Antragsteller Ersatz ^{für} das eingezogene Transportkostenguthaben von 399,80 RM verlangt. Für einen ursprünglich weiter~~en~~ gestellten Antrag auf Erstattung sämtlicher Fracht- und Lagergelder in Höhe von RM 3.211,85 hat der Antragsteller mit Schriftsatz vom 17. Januar 1952 erklärt, daß insoweit der Antrag im Rückerstattungsverfahren nicht weiter verfolgt werden soll.

Der

Der Antragsgegner zu 1.) hat wegen des Hausrats einem RM-Feststellungsbeschluß in Höhe von 6.500.--RM und wegen des Transportkostenguthabens einen Feststellungsbeschluß von 399,80 RM nicht widersprochen. Im übrigen hat er Abweisung beantragt.

Die Antragsgegnerin zu 2.) hat vollen Umfanges Abweisung beantragt.

Vor der Wiedergutmachungskammer haben Verhandlungen stattgefunden, in denen den Parteien Gelegenheit zur mündlichen Erörterung des Streitstoffes gegeben wurde.

1. Die gegen die Antragsgegnerin zu 2.) gerichteten Anträge sind aus dem Gesetz Nr. 59 nicht begründet. Die Kammer hat in der gleichgelagerten Sache WiK 229,51 im rechtskräftig gewordenen Beschluß vom 11. Februar 1952 das folgende ausgeführt:

" Die Ansprüche gegen die Hansestadt Hamburg sind in vollem Umfange unbegründet. Sie können auf Vorschriften des bürgerlichen Rechts nicht gestützt werden, weil solche Rechtsgründe im Wiedergutmachungsverfahren mangels gesetzlicher Zuständigkeit der Wiedergutmachungskammer nicht für sich allein geltendgemacht werden dürfen (vergleiche Beschluß des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 11. Dezember 1951 - 5 W 204/51 - und die dort angeführten Stellen aus dem Schrifttum). Die Sozialverwaltung hatte sich nach ihrem schriftsätzlichen Vortrage, dessen Richtigkeit durch die Vernehmung der beteiligten Beamten, Senator a.D. Martini, Oberverwaltungsdirektor i.R. Büsing, Oberinspektor Weidner und Regierungsamtmann Kath gemäß einem nach Kriegsausbruch erteiltem Auftrage des Reichsstatthalters entschlossen, einen Vorrat von Gebrauchsgegenständen anzulegen, um bei größerer Ausdehnung von Luftkriegsschäden die Betroffenen mit den notwendigsten Gebrauchsgegenständen versorgen zu können. Aus der Gemeindekasse wurden hierfür Geldvorschüsse auf ein Sonderkonto zur Verfügung gestellt, jedoch keine eigenen Etatsmittel aufgewandt. Der Reichsstatthalter hatte

dem

dem zuständigen Senator den Auftrag gegeben, solche Vorkehrungen zu treffen, um für den Fall einer Verschärfung der Kriegseinwirkungen den Luftkriegsopfern die dringende Hilfe bieten zu können. Die Durchführung geschah in der Weise, daß bei den im Jahre 1941 beginnenden Auktionen, auf deren Anordnung und Durchführung die Stadtverwaltung keinen Einfluß nehmen konnte, an deren Vollzug ihre Beamte auch nicht beteiligt waren, geeignetes Mobiliar oder sonstige Gebrauchsgegenstände ausgesucht und der Sozialverwaltung für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurden. Der Wert wurde von den Auktionatoren geschätzt und die Bezahlung zunächst gestundet. Sie wurde an die Versteigerer anfänglich aus dem für diesen Sonderzweck getroffenen Vorschußkonto geleistet und an die Geheime Staatspolizei weitergeleitet. Die Gebühren wurden von den Gerichtsvollzieher oder dem Auktionator vereinnahmt. Die Zahlung des Gegenwertes hat die Geheime Staatspolizei an den Oberfinanzpräsidenten oder einen etwaigen anderen Auftraggeber der Auktion weitergeleitet. Die Bezahlung der aus den Auktionen übernommenen Sachen ist im Verlaufe dieser Maßnahmen gestundet worden, weil das Reich zunächst auf die Vereinnahmung der Beträge verzichtet hatte, die die Sozialverwaltung zu bezahlen gehabt hätte. Die Verwertung der von der Sozialverwaltung übernommenen Gegenstände erfolgte nach Eintritt größerer Luftkriegsschäden, ab Spätsommer 1943 an die mit einer besonderen Bescheinigung versehenen Geschädigten, die sie in Auktionen erwerben durften, welche von anderen Bietern nicht besucht werden durften. Gegen Preissteigerungen war durch Festsetzung von Höchstgeboten unter Anwendung der damals gültigen preisrechtlichen Vorschriften Vorsorge getroffen. Die Sozialbehörde hat den Behörden des damaligen Reiches nach der Veräußerung der übernommenen Sachen Rechnung legen und die Erlöse abliefern müssen.

Diese Maßnahmen der Sozialbehörde können nicht als gegen die Antragstellerin gerichtete Entziehungshandlungen beurteilt werden. Ihre Rechtsstellung ist die

eines

eines Zeiterwerbers im Rahmen der Beteiligung an den Versteigerungen und unterscheidet sich nicht von der anderer Käufer; die Vorrechte bei der Auswahl der Gegenstände sind unwesentlich und für die Antragstellerin, besonders im Hinblick auf die für die Ankäufe der Sozialbehörde im Einzelfalle festgesetzten Preise, auch unschädlich. Die Erledigung dieser Verwaltungsangelegenheit, die Tätigkeit der Selbstverwaltungsbehörde im Einzelfalle wie in der Gesamtheit, gleichviel, ob Einzelheiten auf ihrer eigenen Entschließung beruht haben oder ob Weisungen des Reichsstatthalters umfassend gewesen sind, stellt nicht die Ausübung von Hoheitsrechten, sondern eine vorwiegend fürsorgerische Betätigung der Staatsgewalt dar, die ausschließlich oder ganz überwiegend privatrechtlichen Charakter gehabt hat. Daß vorschußweise öffentliche Mittel der Stadt Hamburg für die Finanzierung zur Verfügung gestellt worden sind, nötigt nicht zu einer abweichenden Beurteilung. Eine Staatshaftung nach § 839 BGB kann an eine solche behördliche Tätigkeit im allgemeinen nicht geknüpft werden (vergl. die bei Palandt in § 839, 2 A c angegebenen Nachweise). Eine zum Schadenersatz nach dem Gesetz Nr. 59 verpflichtende Beteiligung an dem Entziehungsvorgang läßt sich schon deshalb nicht feststellen, weil die Fortnahme des Umzugsgutes aus dem noch mittelbaren Besitz des Eigentümers, der während der Dauer der Einlagerung fortbestanden hatte, nicht von der Sozialbehörde, sondern von der ihr und übrigens auch dem Reichsstatthalter nicht unterstellten Geheimen Staatspolizei veranlaßt worden ist. Eine Teilnahme an der Entziehungshandlung, etwa im strafrechtlichen Sinne einer Beihilfe, kommt begrifflich nicht in Betracht. Ein derartiger Tatbestand kann schon deshalb nicht bewiesen werden, weil die Sozialbehörde bei diesem Teil ihrer Tätigkeit weisungsgebunden gewesen ist, und nach dem damaligen staatsrechtlichen Rechtszustande das zu tun hatte, was der Reichsstatthalter angeordnet hatte. Die Anwendung von

Vorschriften

Vorschriften des bürgerlichen Rechts, etwa Vertretung oder Auftrag, kommt im Verhältnis von Behörden zueinander nicht in Betracht und eine Kumulierung der Haftung nach derartigen Normen bürgerlichen Rechts läßt sich im Rück-
erstattungsverfahren nicht begründen.

Die Sozialbehörde wäre nach Art. 11 des Gesetzes Nr. 59 zur Herausgabe von Sachen verpflichtet, die in ihrem Besitz verblieben sind. Dafür, daß sich aus dem Haushalt der Antragstellerin herrührende Gegenstände noch in ihrem Gewahrsam befinden, fehlen jegliche Anhaltspunkte. Die gegenseitigen behördlichen Erklärungen können der Entscheidung unbedenklich zu Grunde gelegt werden. Eine Schadensersatzpflicht nach Art. 26 Abs. 2 trifft die Hansestadt Hamburg auf Grund des Erwerbes der Gegenstände aus keinem Rechtsgrunde gleichviel, ob sie eine Zahlung an die Reichskasse alsbald beim Ankauf oder nachträglich geleistet hat. Die Hansestadt Hamburg hat, wie oben erwähnt, die gleiche Rechtsstellung wie andere Erwerber von Versteigerungsgut; sie wäre zur Herausgabe verpflichtet, wenn es noch in ihrem Besitz wäre, haftet aber weder für ein Surrogat noch für andere Ersatz- und Nebenansprüche, die die Antragstellerin nach dem Gesetz Nr. 59 geltend machen kann. Die im Auftrage einer übergeordneten Behörde später vorgenommene Verwendung zugunsten dritter Personen, die unter Prüfung ihrer Bedürftigkeit geschehen ist, erbringt den Nachweis eines unverschuldeten Verlustes, selbst wenn Art. 26 Abs. 2 gegen einen Zweiterwerber überhaupt sollte angewendet werden können."

Diese Ausführungen gelten vollen Umfanges auch für den vorliegenden Fall.

2. Die Ansprüche gegen den Antragsgegner zu 1.) sind aus dem Gesetz Nr. 59 in dem Umfange begründet, als
(ihnen nach dem Tenor dieses Beschlusses stattgegeben wurde.

a.)

a.) Hausstand:

Daß die Einziehung des Hausrats jüdischer Auswanderer und die anschließende Versteigerung eine ungerechtfertigte Entziehung im Sinne der Art. 1 und 2 REG darstellte, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Würde demgemäß der Hausrat heute im Besitz des Antragsgegners zu 1.) sein, so müßte er zur Herausgabe verurteilt werden. Da dieses nicht der Fall ist und der Verlust auf einem Verschulden des Antragsgegners zu 1.) beruht, ist er gemäß Art. 26 Abs. 2 REG zum Schadensersatz verpflichtet.

Wie das Hanseatische Oberlandesgericht in ständiger Rechtsprechung entschieden hat, geht der Schadensersatzanspruch aus Art. 26 Abs. 2 REG auf einen Reichsmarkbetrag, der dem Wert des eingezogenen Vermögens entspricht. Eine Umstellung dieses Reichsmarkbetrages auf die jetzt gültige DM-Währung kann nach § 14 UG nicht erfolgen, da die Umstellung der Reichsverpflichtungen einer späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten ist. Diesem Ergebnis kann nicht entgegengehalten werden, daß das Rückerstattungsgesetz erst nach Erlass des Umstellungsgesetzes in Kraft getreten ist und daß es sich bei den Ersatzansprüchen um sogenannte Wertansprüche handelt, die der Umstellung nicht unterliegen. Wird in einem sonstigen Schadensersatzprozeß die öffentliche Hand in Anspruch genommen, so kann im Falle einer Verurteilung der Schaden durch zur Verfügung stehende öffentliche Mittel beglichen werden. Bei den Ersatzansprüchen von Juden und politisch Verfolgten handelt es sich nicht um Einzelschadensforderungen, die im Rahmen des gewöhnlichen öffentlichen Haushalts beglichen werden können, sondern um Ersatzansprüche in Höhe von mehreren Milliarden DM, die ihre gesetzliche Regelung finden müssen. Dieser gesetzlichen Regelung kann nicht durch möglicherweise voneinander abweichende Entscheidungen der verschiedenen Wiedergutmachungskammern in

Deutschland

Deutschland vorgegriffen werden. Der Antragsteller muß folglich die künftige Entschädigungsgesetzgebung abwarten. Es könnte nur die Feststellung einer Schadensersatzverpflichtung des Reiches in Reichsmark in Betracht kommen.

Den Wert des Hausrats hat die Kammer unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände geschätzt. Wie ihr auf Grund von Zeugenaussagen und Sachverständigengutachten aus anderen gleichgelagerten Rückerstattungssachen bekannt ist, lag der wahre Wert der versteigerten Hausstände stets über dem Versteigerungserlös und schwankte je nach den Vermögensverhältnissen des Auswanderers zwischen dem $1\frac{1}{2}$ - $2\frac{1}{2}$ fachen des erzielten Bruttoerlöses. Der Antragsteller hat mit seinen eingehenden Erläuterungen zur Umzugsgutsliste glaubhaft vorgetragen, daß sein Hausrat wertvoll gewesen ist. Die Kammer hat es hier~~nach~~ für angemessen gehalten, das $2\frac{1}{2}$ fache des Bruttoerlöses zu schätzen und die sich ergebende Summe von 7.922,50 RM auf 8.000.-- RM abgerundet. Als Entziehungstag wurde das Datum ange~~nommen~~ an dem Herr Schlüter über den hauptsächlichen Versteigerungserlös von 2.657.-- RM abgerechnet hat.

Soweit der Antragsteller weitergehende Ansprüche wegen des Hausrats geltend macht, sind diese unbegründet. Nach Auffassung der Kammer ist es insbesondere nicht erwiesen, daß nur $\frac{1}{3}$ des Umzugsguts zur Versteigerung gekommen ist. Der Versteigerer Schlüter hat in seiner Abrechnung vom 10. Juli 1941 über das volle Gewicht des Umzugsguts von 3600 kg. abgerechnet. Die Unstimmigkeiten zwischen der Liste des Antragstellers und der Versteigerungsliste sind offensichtlich allein darauf zurückzuführen, daß die Versteigerungsliste summarisch und völlig unzureichende Versteigerungen-- Bezeichnungen enthält, die es selbst dem Antragsteller und seiner Ehefrau unmöglich machen, die Gegenstände wiederzuerkennen. Die Auffassung des Antragstellers, daß Kunstgegenstände vorher entnommen wurden,

trifft

trifft für den vorliegenden Fall nicht zu, weil der Erlös von 449.-- RM der Versteigerung von fünf Bildern und drei Buntstichen entsprach. Seine Darstellung, daß Behörden vorher Gegenstände entnommen haben, trifft wegen der Verkäufe an die Antragsgegnerin zu 2.) zu. Das ist jedoch im Ergebnis unerheblich, weil die Antragsgegnerin zu 2.) einen Gegenwert bezahlt hat, den die Kammer bei der Schätzung des Gesamtwertes des Hausrats angerechnet hat. Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Kammer auch bei vermögenden Juden nur in den seltensten Fällen feststellen konnte, daß der wahre Wert der versteigerten Haushaltsgegenstände höher als das 2 $\frac{1}{2}$ fache des Bruttoversteigerungserlöses gewesen ist. Es mußte demgemäß verbleiben, daß dem Antragsteller wegen des Hausrats nur ein Schadensersatz von 8.000.-- RM zusteht.

b. Transportkostenguthaben:

Über die Höhe und die Einziehung des Transportkostenguthabens besteht zwischen den Parteien kein Streit. Wegen der Umstellung der dem Antragsteller insoweit zustehenden Schadensersatzforderung gilt das gleiche, was für den Hausstand ausgeführt wurde.

Kostenentscheidung nach Art. 63 REG in Verbindung mit § 7 der 2. Ausführungsverordnung zum Rückerstattungsgesetz.

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

UK/B/12

Hannover, den 28.11.1955
Dr. Bl/Ki

United Restitution Office

Hannover-Kleefeld

Kaulbachstr. 23 • Telefon: 50256

Telegramm-Adresse: Uroclaims

An das

Hanseatische Oberlandesgericht
- 5. Zivilsenat -

H a m b u r g 36
Sievekingplatz

Hanseatisches Oberlandesgericht - Präsidialabteilung - 30. NOV. 1955 Anl.: <i>[Signature]</i>
--

Rückerstattungssache

B o c k ./. Deutsches Reich

- 5 WiS 273/53 -
1 WiK 67/52

Wir sind bereit, nachstehenden Vergleich abzuschliessen:

- 1.) die Parteien sind darüber einig, daß das Deutsche Reich nach Art. 26 Abs. 2 für am 10.7.1941 entzogenen Hausrat als Schadensersatz

DM 8.000,--

an den Antragsteller zahlt.

- 2.) Die Parteien sind sich weiter darüber einig, daß das Deutsche Reich an den Antragsteller

DM 399,80

für ein entzogenes Transportkostenguthaben (Entziehungszeitpunkt 4. August 1941) zahlt.

- 3.) Die Erfüllung und Verzinsung der Ansprüche richten sich nach dem künftigen Gesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs.

- 4.) Die Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

Wir hoffen, daß die Oberfinanzdirektion unserem Vorschlag zustimmen wird. Dieser Vorschlag weicht von dem Angebot der Oberfinanzdirektion lediglich hinsichtlich der Transportkosten ab. Nachdem der Mandant sich aber im Interesse einer baldigen Beendigung des Verfahrens dazu entschlossen hat, die Vergleichssumme von DM 8.000,-- zu akzeptieren, obwohl dieser Betrag sehr niedrig ist und der Sachlage nicht gerecht wird, rechnen wir damit, daß die Oberfinanzdirektion sich bezüglich der geringfügigen Transportkosten zu dem von uns vorgeschlagenen Vergleich bereitfinden wird.

Wir bitten um Termin zur Protokollierung.

Veffg.
Abschrift zur
Eingeklämung bis 10. XII

30. XI. 55

an OFD
30/11.55

[Signature]
(Dr. W. Blumberg)

13/12

Hanseatisches Oberlandesgericht
5. Zivilsenat

Hamburg, den 27. Januar 1956

Az.: 5 WiS 273/53
1 WiK 67/52

Nichtöffentliche Sitzung

Gegenwärtig:

Oberlandesgerichtsrat
Dr. Krönig
als beauftragter Richter,
Justizangest. Drzewiecki
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle.

In der Rückerstattungssache

des Georg B o c k , Sheffield 6,
England, 172 Regent Court Flats,
Bradfield Road,

Antragstellers,

Je eine Ausfertigung
d. ~~Zustellg. m. Quittg.~~
ab an Part. Vertr.
am: 31. JAN 1956

Bevollmächtigte: United Restitution
Office, Hannover,
Kaulbachstr. 23,

1 weitere Abschrift für
 Ost. Votr. 2 x 5 J = 0,10 Mk.
 d. Sollhomb. Febr. 56 - 12 - J

Aktenzeichen: UK/B/12.

eg e n

1 Abschr. mit C.C. 1/6 an
V. G. Gerd Hensdorf
ab 31. JAN 1956

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Freie
und Hansestadt Hamburg - Finanzbe-
hörde-, diese vertreten durch die
Oberfinanzdirektion Hamburg, Ham-
burg 13, Hartungstraße 5,

Aktenzeichen: B 29 - BV 271 -

Antragsgegner,

erschiene bei Aufruf

für den Antragsteller Herr J o b s t ,

für den Antragsgegner Herr S i l l e m .

Der Vertreter des Antragstellers nahm seine Beschwerde gegen den Beschluss des Landgerichts Hamburg, 1. Wiedergutmachungskammer, vom 31. 3. 1953 insoweit zurück, wie sie sich gegen die Abweisung seiner Ansprüche gegen die Antragsgegnerin zu 2) (Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde) richtet.

Befehen.

Hamburg, den 7. 2. 56.

Der Landgerichtspräsident

Die Parteien schlossen zur Erledigung der in diesem Verfahren geltend gemachten Rückerstattungsansprüche des Antragstellers folgenden, in der Anlage in Kurzschrift aufgenommenen

V e r g l e i c h :

not. f.

- 1.) Die Parteien sind darüber einig, dass das Deutsche Reich nach Art. 26 Abs. 2 REG für am 10. 7. 1941 entzogenen Hausrat als Schadensersatz

DM 8.000,--

an den Antragsteller zahlt.

- 2.) Die Parteien sind darüber einig, dass das Deutsche Reich dem Antragsteller Schadensersatz gemäss Art. 26 Abs. 2 REG leistet für die Entziehung eines Transportkostenguthabens bei der Firma Franzkowiak im Betrage von

RM 399,80

(Entziehungszeitpunkt: 4. 8. 1941).

- 3.) Die Erfüllung und die Verzinsung der Ansprüche richtet sich nach dem künftigen Bundesrückerstattungs-gesetz.

- 4.) Die Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

Der vorstehende Vergleich wurde aus dem Stenogramm vorgelesen und von den Parteien genehmigt.

Zugleich für die richtige Übertragung aus dem Stenogramm:

Bevicki

Justizangestellter.

König